

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

ZUKUNFT BRAUCHT BILDUNG

Spitzenvertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Hochschule
zu den dringendsten Reformaufgaben der Großen Koalition → 12

Helfen ist (k)ein Kunststück!



Rashid Diab
Auflage 20
Radierung, 2010
28x25 cm

Bekannte Künstler haben **exklusiv** für die SOS-Kinderdörfer Werke geschaffen.

Mit dem Kauf eines **limitierten Kunstdrucks** aus unseren **SOS-Editionen** unterstützen Sie Projekte der SOS-Kinderdörfer weltweit.

Besuchen Sie die Ausstellung in unserem Büro in Berlin-Charlottenburg.



SOS
KINDERDÖRFER
WELTWEIT

Berliner Büro
Gierkezeile 38, 10585 Berlin
Tel: 030/3450 6997-0

www.sos-kinderdoerfer.de/berlin

Zukunft gestalten!

Ist die Situation vergleichbar mit der ersten Großen Wirtschaftskrise 1966/67, die zur Bildung der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik führte? Für die Wirtschaft gilt das sicher nicht. Aber was die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur angeht –, für Energie, Verkehr, Bildung, Wissenschaft – formulieren Politiker und Experten seit Jahren einen dringenden Handlungsbedarf. Unser Autor Christian Füller sieht Deutschland im Bereich des Wissensmanagements gar als Entwicklungsland. Selten war die Chance daher so groß, heute wie damals, die vielfach erkannten Strukturprobleme nun durch eine tatkräftige Große Koalition zu lösen: die Steigerung und Sicherung der Grund- und Investitionsfinanzierung im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, dazu die Wiedereröffnung der finanziellen Beteiligung des Bundes, eine Perspektive für die unterschiedlichen »Pakte«, eine gleichberechtigte Förderung von Forschung und Lehre, eine längst überfällige BAföG-Reform, ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Studierende, Doktoranden und Wissenschaftler, eine weitere Öffnung der Hochschulen... Alle diese Punkte nannten uns 14 Spitzenvertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Hochschulen, Gewerkschaften und der Studierenden als jetzt durch die neue Bundesregierung dringend anzugehende Aufgaben.

Bildung lohnt sich! Und zwar nicht nur individuell, sondern vor allem für die Zu-

kunftsfähigkeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Dieses belegt der Bildungsökonom Ludger Wößmann eindrucksvoll anhand der PIAAC-Studie, das neue »Programme for the International Assessment of Adult Competencies« – gemeinhin auch als »Erwachsenen-Pisa« bezeichnet. Er fordert, schnellstens in Qualifizierung von Jung und Alt zu investieren.

Das ist auch unsere Auffassung: Die neue Bundesregierung hat die Chance, endlich aus der Defensive zu treten und das Thema Bildung offen anzugehen. Zukunft braucht Bildung und Bildung braucht Zukunft! Es kann gar nicht genug qualifizierte Menschen in Deutschland geben.

Die neue Bundesregierung sollte sich die Chance nicht entgehen lassen, die Zukunft aktiv zu gestalten!

Lassen Sie sich von dieser Ausgabe des DSW-Journal inspirieren und »bilden«.

Ihr Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

PS: Bis zur Drucklegung standen die bildungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen noch nicht fest. Daher entfällt die Rubrik »Eine Frage ...« in dieser Ausgabe.

Politik_Raus aus der Defensive

Praxis_Nachhaltigkeit

Praxis_Vorhang auf!

Profile_Doris Pack

Was sind die wichtigsten Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode?



12



20



26

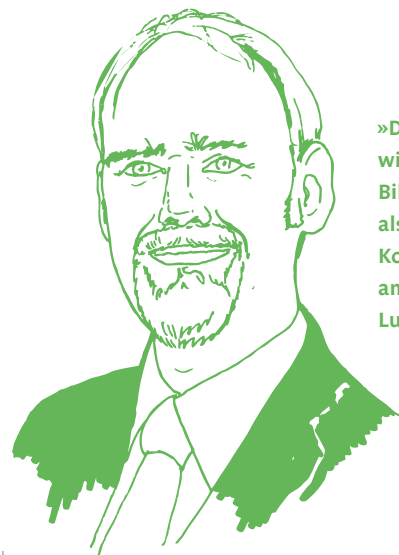


28

Heft 4
Dezember 2013

■ CAMPUS

- 6_Kurznachrichten
schnell, knapp & informativ
- 6_Zahlenwerk
Wohnsituation zum Studienstart
- 8_Auf ein Wort
Bildungsauszeit



»Die PIAAC-Studie belegt, wie zentral sowohl Bildungsabschlüsse als auch grundlegende Kompetenzen für den Erfolg am Arbeitsmarkt sind«
Ludger Wößmann → Seite 32

■ POLITIK

- 10_Raus aus der Defensive
Die Große Koalition könnte die wichtigste für Bildung und Forschung werden, die es je gab. Wenn man ihr endlich auf die Füße tritt.
Von Christian Füller
- 12_Was sind die wichtigsten Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode?
14 Spitzenvertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Hochschule und Gewerkschaft haben klare Vorstellungen, was die Große Koalition in den kommenden vier Jahren tun muss.
- 18_Sozialerhebung à la française
In Deutschland und Frankreich gilt gleichermaßen: Studieren gelingt nur mit einer gesicherten Studienfinanzierung.
Von Feres Belghith

Foto: Studentenwerk Marburg; Illustration: Dominik Herrmann

■ PRAXIS

- 20_Passivhaus, Bioreaktor und Eisspeicher
CO₂-Ausstoß reduzieren, Energie sparen, nachhaltig leben. Hinter den Kulissen der deutschen Studentenwerke wird eifrig daran gearbeitet.
Von Marie-Charlotte Maas
- 25_Smart und mobil
Apps gehören in den Hochschulen und Studentenwerken mittlerweile zum Alltag.
Ein kleiner App-Wegweiser.
- 26_Teamwork
Vorhang auf – für das EI(N)FÄLLE-Team aus dem Studentenwerk Frankfurt (Oder).

Fotos: Luise Wagener, Rolf Schulten

■ PROFILE

- 28_Die Rastlose
Die langjährige EU-Abgeordnete, Doris Pack, im Porträt.
Von Marion Koch

■ PERSPEKTIVE

- 32_Bildung lohnt sich
Die PIAAC-Studie zeigt vor allem eines: Höhere Bildung verspricht mehr Wohlstand für alle.
Von Ludger Wößmann

■ COMMUNITY

- 36_Aus den Studentenwerken
- 37_DSW-Kurzporträt
Anne Renner
- 37_Medien
Gesurft

■ STANDARDS

- 3_Editorial
- 4_Inhalt
- 34_13 Fragen an ... Micha Teuscher
- 37_Impressum
- 38_Timmermann: Ein Gedanke noch

INHALT



Trau keinem über 30

JUBILÄUM Gefragt nach der Idee für die Gründung des Studentenmagazins UNICUM vor 30 Jahren, sagt Manfred Baldschus, Gründer und Herausgeber des Magazins: »Die anderen schrieben

über die Weltrevolution, wir wollten uns endlich um den konkreten Alltag der Studierenden kümmern«. Und so ist es noch heute. Die UNICUM-Mitarbeiter informieren vielseitig – selbstverständlich nicht nur mittels Print-Produkt, sondern auch über ihre Internetseite, per Newsletter und in Sozialen Netzwerken. Als einziges bundesweites Studentenmagazin erscheint UNICUM monatlich mit einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Neben dem ursprünglichen UNICUM-Magazin gibt Baldschus' Verlag, der mittlerweile rund 60 Mitarbeiter beschäftigt, unter anderem auch UNICUM BERUF und UNICUM ABI heraus. ml

→ www.unicum.de

Flexible Kinderbetreuung



HAMBURG Jedes Semester muss von Neuem geplant werden. Vorlesungen, regelmäßige Treffen aber auch Blockseminare, Klausuren: Und wohin mit dem Nachwuchs während dieser Zeit? Das Studierendenwerk Hamburg hat mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds die »Vernetzte Kinderbetreuung« entwickelt. Die Studierenden können maximal 18 flexible Betreuungsstunden wöchentlich in Zwei-Stunden-Blöcken für ihre Kinder buchen. Damit hilft das Studierendenwerk den Betroffenen mit Kind ganz konkret, denn die klassischen Kindertagesstätten könnten diesem flexiblen Betreuungsbedarf der Studierenden nicht gerecht werden. ml

→ www.studierendenwerk-hamburg.de

→ www.hamburg.de/kindertagespflege/3544736/vernetzte-kinderbetreuung.html

ZAHLENWERK

Wohnsituation zum Studienstart

Fast zwei Drittel der deutschen Studienanfänger/-innen bewerten die Wohnungssuche zum Beginn ihres Studiums als schwierig oder sehr schwierig. Jeweils mehr als drei Fünftel der Studierenden schätzen das Finden eines passenden Zimmers/einer passenden Wohnung am Hochschulort beziehungsweise zu einem für sie angemessenen Mietpreis als (sehr) schwierig ein (63 Prozent beziehungsweise 62 Prozent). Die Analyse der wichtigsten Gründe für die Wahl der Erstunterkunft zu Studienbeginn zeigt, dass insbesondere die Attraktivität sowie finanzielle und soziale Faktoren ausschlaggebend sind. Ein Viertel der Befragten musste allerdings gleich die erste Unterkunft nehmen, weil sie nichts anderes finden konnten, keine Zeit für eine weitere Suche hatten oder sie von vornherein als vorübergehende Notlösung ansahen. Die beiden häufigsten Wohnformen der Studienanfänger sind das Wohnen bei den Eltern oder bei Verwandten (28 Prozent) und in einer Wohngemeinschaft (24 Prozent). Etwa 16 Prozent der Studierenden leben zu Beginn des Studiums allein in einer Mietwohnung beziehungsweise einem Miethaus oder in einer Eigentumswohnung beziehungsweise einem Eigenheim. 11 Pro-



zent der Studierenden leben mit einem Partner beziehungsweise einem Kind in dieser Wohnform. Zu Beginn ihres Studiums wohnen 12 Prozent der Studierenden in einem Studentenwohnheim des Studentenwerks. Bei der Entscheidung für ein Wohnheim der Studentenwerke werden überdurchschnittlich häufig der günstige Preis (27 Prozent) oder die Nähe zum Hochschulort (23 Prozent) als Grund genannt.

Diese Daten gehen aus einer Online-Befragung von mehr als 12 000 Studierenden hervor, die das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), vormals Hochschul-Informationssystem (HIS), im Auftrag des Deutschen Studentenwerks im Juli und August 2013 durchführte. Das HISBUS-Online-Panel, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, ist ein studentisches Online-Panel mit derzeit rund 30 000 Mitgliedern, die mehrmals im Jahr befragt werden.

→ <http://www.studentenwerke.de/pdf/HISBUS-Wohnraumsuche-Studienbeginn-2013.pdf>

Quelle: DZHW – Janka Willige/Sören Isleib: Wohnraumsuche und Wohnen zu Studienbeginn

Illustration: Dominik Herrmann

Diversity? Ja bitte!

PLAKATWETTBEWERB Als Schlagwort in aller Munde, bald auch in Bildern: Mit dem 28. Plakatwettbewerb fordert das DSW die Design-Studierenden heraus: Sie sollen positive, überraschende, provokante, hintergründige, tiefsinnige, überrumpelnde Plakate zu »Diversity« entwerfen. Aktuell gibt es einen breiten Diversität-Begriff, der auch neue Studierendengruppen umfasst, wie beruflich Qualifizierte ohne Abitur. »Diversity« in Bilder übersetzt: Es wird schwierig, es wird spannend und es winken 5500 Euro Preisgeld. Die Bundesregierung unterstützt den Wettbewerb, das Museum für Kommunikation Berlin ist Kooperationspartner. Auflösung im Sommer 2014! sg

→ www.studentenwerke.de



Fotos: Rolf K. Wegst; Plakat: Jabea Dölker



Das Team des SIS mit dem Willkommenspaket für ausländische Studierende mit vielen nützlichen Dingen, die man beim Einzug ins Wohnheimzimmer braucht.

Willkommen in der zweiten Heimat

STUDIENDENWERK MAINZ Wann fühlt man sich zu Hause? Das Wissen, in Deutschland ein Zimmer zu haben, ist für ausländische Studierende der erste Schritt in diese Richtung. Mainz macht's möglich. Der Service International Students (SIS) des Studierendenwerks heißt die Studierenden in ihrer neuen Heimat willkommen. Allen Studierenden, die aus dem Ausland nach Mainz kommen, ist bei fristgerechter Bewerbung ein Platz im Wohnheim garantiert – egal, ob nur für ein Semester oder für ein ganzes Studium. Da in den Koffer keine Töpfe, kein Geschirr, keine Bettwäsche passen, bietet das SIS-Büro ein Grundausrüstungs-Pack an, das auf Bestellung gekauft wird. Bei der Zimmervergabe nutzt das SIS-Team ein ausgeklügeltes Belegungskonzept: Studierende aus Togo, China und Deutschland leben zusammen, BWLer, Designer und Germanisten lernen voneinander. So entsteht ein ausgeglichenes Wohnklima für alle Bewohner und Internationalisierung kann vor Ort gelebt werden. Von der Ankunft bis zur Abreise der Studierenden arbeitet das SIS-Team eng mit den International Offices der Hochschulen zusammen. Mit diesem Projekt hat das Studierendenwerk Mainz den seit 1998 jährlich ausgelobten »Preis des Auswärtigen Amtes für exzellente Betreuung ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen« gewonnen. eg/zi

→ www.studierendenwerk-mainz.de

→ www.auswaertiges-amt.de



Auf ein Wort

Bildungsauszeit

Hand aufs Herz: Wann haben Sie sich zum letzten Mal beruflich weitergebildet? Ich meine nicht, sich durch einen schwierigen Artikel in einer Fachzeitschrift durchgearbeitet und auch nicht, ein anspruchsvolles Buch gelesen. Ich meine, mit Körper und Geist, weg vom beruflichen Alltag, an einer Fortbildung teilgenommen? Zugegeben, ich habe gerade eine besucht, doch liegt zwischen dieser Fortbildung und der letzten ein unerhört langer Zeitraum. Und auch dieses Mal passte mir der Zeitpunkt eigentlich gar nicht: Magazinproduktion, viele Termine – gegen Ende des Jahres scheinen alle noch einmal so richtig Gas zu geben. Die Sorge, dass der Stapel an unerledigter Arbeit noch höher wird, wenn ich mir eine Bildungsauszeit gönne – und seien es auch nur zwei Tage –, war wieder einmal groß. Nach der Fortbildung habe ich mich gefragt, warum ich das eigentlich nicht viel öfter mache. Es war erfrischend, motivierend und hilfreich. Ich bin eine vehemente Vertreterin lebenslangen Lernens. Ich habe die Möglichkeiten hierzu, wie sicherlich viele von Ihnen, doch ich schöpfe sie nicht aus. Trotz guter Vorsätze hat das Alltagsgeschäft immer Priorität. Was bleibt, ist das unangenehme Gefühl, in dem einen oder anderen Bereich dringend eine Auffrischung zu benötigen, aber einfach keine Zeit dafür zu haben. Das hat nichts mit falschem Zeitmanagement zu tun, sondern schlichtweg mit dem Setzen von Prioritäten. Was mir tatsächlich zu denken gibt, ist, dass sogar mein Fahrrad öfter grundüberholt wird als mein Kopf.

Marijke Lass, Chefredakteurin
→ marijke.lass@studentenwerke.de

Kulinarischer Dachgarten

GESUNDE ERNÄHRUNG Es grünt und blüht auf dem Dach der Technischen Universität (TU) Berlin. Seit Mitte September 2013 bewirtschaftet die Initiative »roofTUBgarden« auf dem Hauptgebäude einen essbaren Dachgarten. Auf circa 100 Quadratmetern werden verschiedene Obst- und Gemüsesorten angepflanzt. Mit diesem Projekt möchte der gemeinnützige Verein Kulina das Bewusstsein für gesunde Ernährung und eine bessere Esskultur schärfen. Außerdem dient es der Forschung zur urbanen Landwirtschaft. Mitmachen können nicht nur Studierende und Universitätsangehörige, sondern auch sozial benachteiligte Familien. Sie sind eingeladen, sich auf dem Dach mit frischen Lebensmitteln zu versorgen. Im Oktober 2013 wurde »roofTUBgarden« als »Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen« 2013/14 prämiert. *jaw*

→ www.kulina-ev.de
→ www.tu-berlin.de



Ich packe meinen Uni-Koffer

STARTHILFE »Fragen Sie Dr. Otto-Friedrich« – so sollte ursprünglich die Ratgeber-Kolumne für Erstsemester der gleichnamigen Universität Bamberg heißen. Am Ende wurde daraus ein virtueller »Ersti-Erste-Hilfe-Koffer« auf Facebook. Und die Studierenden sollten packen helfen: Welche Startprobleme hatten sie an der Uni? Die Antworten waren die Grundlage für eine Reihe »Ersti-Erste-Hilfe«-Postings: Wo kann man nach einer Wohnung suchen? Wie funktionieren die Online-Dienste der Uni? Wie erstelle ich meinen Stundenplan? Die Resonanz war nicht nur unter Studienanfängern groß: Auch Dozenten und die Unibibliothek gaben zusätzlich Tipps zum Studienanfang. *bk*

→ www.facebook.com/UniBamberg

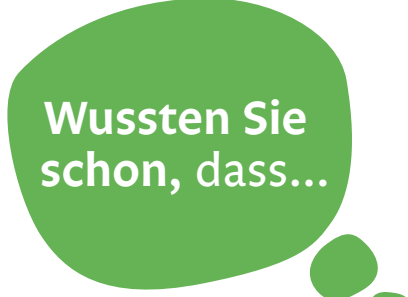
Fotos: Florence Klement, Universität Bamberg/Hendrik Steffens; Illustration: Dominik Herrmann

Wohnraum reicht nicht



DISKREPANZ Die neue Wohnraumstatistik 2013 des Deutschen Studentenwerks belegt: Die Entwicklung der Zahl der öffentlich geförderten Wohnplätze hinkt den gestiegenen Studierendenzahlen deutlich hinterher. Trotz eines Zuwachses um knapp 1500 Plätze gegenüber dem Vorjahr stehen jetzt nur noch für 10,13 Prozent aller Studierenden öffentlich geförderte Wohnplätze zur Verfügung (2012: 10,63 Prozent). Seit 2008 stieg die Zahl der Wohnplätze nur um gut 2 Prozent, die Studierendenzahlen dagegen um rund 25 Prozent. Immerhin erfreulich: Mehrere Tausend Plätze sind bei den Studentenwerken im Bau oder in Planung, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. *schl*

→ www.studentenwerke.de/pdf/Wohnraum_fuer_Studierende_2013.pdf



... **34%** der Studierenden mit dem Auto an die Hochschule fahren? In ländlicheren Gebieten sind es fast doppelt so viele wie in größeren Städten. Außerdem steigt die Zahl der Studierenden mit Auto stark mit der Höhe ihrer Einkünfte. Insgesamt ist der Anteil der Autofahrer/innen aber rückläufig: Anfang der 1990er Jahre lag er bei **53%**.

→ www.sozialerhebung.de



Fotos: Studentenwerk Freiberg

FRÜHER – HEUTE: KITA HORNMÜHLENWEG

Wilde Kids

FREIBERG Viel Platz zum Spielen – das galt auch schon in den 1970er Jahren. Damals waren es nur Kindergartenkinder, die hier betreut wurden, heute sind es Kids ab dem vierten Lebensmonat. Die Kita Hornmühlenweg des Studentenwerks Freiberg befindet sich am Campus der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, mitten in einem großen Garten. Dort können sich die 60 Kinder im Alter von vier Monaten bis sieben Jahren nach Herzenslust austoben. Die Auswahl an fantasievollen Geräten ist groß: Sandkästen, Rollerbahn, Kletterburg, Federwippen, Kräuter-, Blumen- und Gemüsebeete sowie ein Weideniglu und ein begehbarer Erdtunnel. Hervorgegangen ist die Kita aus den Betreuungsangeboten der Bergakademie Freiberg, die sich bis 1991 um die Kinder von Studierenden und Mitarbeitern kümmerte. 1999 bis 2004 wurde die gesamte Anlage komplett saniert. Da der Betreuungsbedarf stetig steigt, hat das Studentenwerk 2011 eine zweite Kita eröffnet und betreut jetzt insgesamt 125 Kinder. *ts*

→ www.studentenwerk-freiberg.de

»Es macht mir viel Spaß, in dieser Kita zu arbeiten. Ihr Konzept entspricht meiner Idee von zeitgemäßer Pädagogik«
Sabine Schrenk, Kita-Leiterin



RAUS RAUS DER DEFENSIVE

OFFENSIVE Die Große Koalition wird für Bildung und Forschung die wichtigste, die es je gab. Sie kann die Modernisierungsblockade ›Kooperationsverbot‹ abschaffen – wenn man ihr endlich auf die Füße tritt.

VON CHRISTIAN FÜLLER

— Irgendwann im Jahre 2006 geschah in einem Berliner Hintergrundkreis etwas sehr Ungewöhnliches. Dem Journalisten einer angesehenen großen Zeitung platzte der Kragen. Er begann, auf die anwesenden Wissens-Funktionäre zu schimpfen, sie sollten doch endlich laut sagen, was sie eigentlich wollten. Sonst werde die Regierung etwas gegen Bildung und Wissenschaft beschließen lassen, was auf Jahre hinaus das Land und seine Hoch-/Schulen lähmen werde. Den wenig diplomatischen

Ausbruch des Redakteurs kritisierten die Kollegen übrigens nicht, sondern beklatschten ihn. »Recht hat er!«, war der Tenor.

Was brachte das Fass zum Überlaufen? Damals liefen gerade die Verhandlungen der Föderalismusreform. Und da sah es gar nicht gut für Bildung und Forschung aus. Es sollte nämlich ein Kooperationsverbot beschlossen werden, das es dem Bund untersagt, etwas für die Länder zu tun. Und alle Journalisten, vor allem jene, die sich mit Bildung und Wissen-

schaft befassen, waren genervt. Denn die Lobbyisten der Forschung und des Wissens luden sie permanent ein, riefen sie an und schrieben ihnen E-Mails, in denen sie Szenarien in den düstersten Farben malten. Wie furchtbar das alles werde! Wegen des Kooperationsverbots!

Mehr machten sie nicht. Die Menschen, die in diesem Land für rund 270 Hochschulen und 30 000 Schulen in der Verantwortung stehen, sie veranstalteten keine ungewöhnliche Maßnahme, sie wagten sich nicht, an die Mächtigen heranzutreten, die über die Föderalismusreform verhandelten: Franz Müntefering und Edmund Stoiber. Sie verschickten Pressemitteilungen und ballten in Hintergrundkreisen die Fäuste. Das war's.

Was hat diese Geschichte mit Bildung und Wissenschaft im Jahr 2013 zu tun? Mehr als uns allen lieb sein kann. Denn wir leiden immer noch unter dieser Föderalismusreform. Gerade wird wieder über eine Große Koalition verhandelt. Sie könnte die Föderalismus-Fehler von 2006 relativ leicht korrigieren, weil Union und SPD im Bund und in den Ländern eine satte verfassungsändernde Mehrheit haben. Aber um das Kooperationsverbot und um das Thema Bildung ist es sofort nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 wieder still geworden. Vor der Wahl nahm Bildung in den Reden der Spitzenkandidaten einen privilegierten Platz ein, sowohl bei Angela Merkel als auch bei Peer Steinbrück. Nach der Wahl sank das Thema sogleich wieder unter die Wahrnehmungsschwelle. Bildung und Wissenschaft stehen bei den Koalitionsverhandlungen auf Platz 9 von 12 Arbeitsgruppen. Das klingt wie eine Petitesse, zeigt aber in Wahrheit einen dramatischen Bedeutungsverlust an. Gerade weil ganz viel über Investitionen gesprochen wird – in Beton, aber nicht in Brain.

Es darf nicht wieder wie 2006 sein. Sicher, alle Repräsentanten der Forschung und der Hochschulen, die auch im DSW-Journal das Wort erheben, sie wissen en-

detail um was es geht. Aber treten sie auch vernehmbar auf? Haben sie dieses Mal, wie Carl Schmitt es sagen würde, Zugang zu den Machhabern der Großen Koalition? Oder begnügen sie sich mit 30 Zeilen in diesem Magazin?

Die Verkehrsinfrastruktur hat in den vergangenen Jahren gelitten. Aber was die Bundesrepublik im Jahr 2013 braucht, ist nicht nur freie Fahrt auf ebenen Straßen, sondern sind gute Lernorte für kluge Köpfe. Und hier ist die Infrastruktur mindestens so marode wie im Verkehrsnetz.

Das Krisensymptom heißt zu wenige Plätze, und es reicht von der Kita bis hinauf zu den Hochschulen. Es fehlen, wie seit eh und je in der Bundesrepublik, ausfinanzierte Studienplätze. Nichts zeigt die Gleichgültigkeit der deutschen Wissenschaftspolitik besser an als dieses: Die Schulminister hetzen die Gymnasiasten durchs Turboabitur – und die Wissenschaftsminister verweigern ihnen dann die versprochenen Studienplätze. Nirgends liegen Anspruch und Wirklichkeit weiter auseinander

»Deutschland ist im Wissensmanagement ein Entwicklungsland«

ander als in diesem fatalen bildungspolitischen Appell an die Gymnasiasten: Bitte beeilt Euch – damit Ihr Euch rechtzeitig in die Warteschleife einreihen könnt!

Studienplätze sind nicht alles. Es geht darum, die Forschungsausgaben zu stabilisieren, aus den vielen Sondertöpfen der Pakte und Initiativen eine regelhafte Finanzierung zu machen, die Medienausstattung auf den Stand des 3. Jahrtausends zu bringen, die Chancen auf die Hochschule sozial zu unterfüttern – durch ein stabiles BAföG und adäquate Wissenschaftsarbeits-

plätze. Es geht darum, nach der Unwucht, die die Exzellenzinitiative ins System gebracht hat, Forschung und Lehre wieder gleichberechtigt zu behandeln. Das sind die Kernpunkte der Stellungnahmen der Wissensvorarbeiter in diesem Heft.

Studienplätze sind also nicht alles, aber sie sind ein wichtiges Symbol, das jeder in diesem Land versteht. Auch jene Menschen, die sich nicht für Bildung und Wissenschaft interessieren, merken, wenn die klugen Köpfe des Landes bestellt und nicht abgeholt werden. Wie passt es auch zusammen, davon zu schwärmen, dass das Wissen der einzige Rohstoff ist, den wir haben – und diesen Rohstoff dann nicht auszubilden? Deutschland steht ab 2015 vor einem gigantischen demografischen Verlust an Qualifikationen, das zeigen die einschlägigen Prognosen seit vielen Jahren. Am schärfsten wird dieser Mangel übrigens an den Schulen zu beobachten sein, wo die Pädagogen in Scharen in Pension gehen. Mehr als 50 Prozent der Lehrer/innen des Jahres 2007 sind im Jahr 2020 im Ruhestand. Wie ist es zu verstehen, dass die Bildungsrepublik ihre wichtigste Fachkraft, den Pädagogen, nicht ausreichend ausgebildet hat?

Die Bundesrepublik hat ausweislich vieler Studien, wie etwa jüngst des »Bildungsmonitors 2013«, große Fortschritte gemacht. Das ist nicht falsch, aber zugleich beweist genau dieser Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln: Das Wettrennen um die besten Köpfe hat zwar begonnen – aber es ist alles andere als sicher, ob der Exportweltmeister und europäische Wachstumsmotor es gewinnt, auf Deutsch: ob er genug MINT-Fachkräfte produzieren wird. Die Zeit, in der wir leben, ist nicht irgendeine, sondern es ist eine des Übergangs: Von der Industrie- zur Wissensgesellschaft; vom 19. ins 21. Jahrhundert; vom Handyverbot zur explosiven Verbreitung kleiner Wissensmaschinen namens Smartphone in den Hosentaschen unserer Kinder.

Sind die Bildungseinrichtungen der Republik auf diesen Wandel vorbereitet? Können die Schüler und Studierenden der Republik die fantastischen Möglichkeiten des individuellen und zugleich kollaborativen Lernens eigentlich auch in den Hoch-/Schulen anwenden? Gibt es an den Hochschulen bereits *Moocs* – oder wissen die Universitäten überhaupt schon, dass diese Massive Open Online Courses eine ideale Ergänzung zum Face-to-Face-Studium sein können? Finden deutsche Schüler in ihren Schulen adäquate Bildschirmarbeitsplätze, sei es in Computerlaboren oder mit einer Ein-Tablet-pro-Kind-Politik? Keine Spur.

Deutschland ist, was die größte Herausforderung des Wissensmanagements seit der Erfindung des Buchdrucks betrifft, ein Entwicklungsland. Hierzulande wird gerne über die Bildungsarmut anatolischer Bauern gelästert, mit einem schiefen Blick auf die türkischen Migrantenkinder. Die Wahrheit ist, dass in der Türkei bald jeder Schüler ein Tablet sein Eigen nennen wird. Das ist erneut nur ein Merkmal, aber ein kennzeichnendes: Wissenspolitisch liegt das Land der Ziegen nicht im Osten der Türkei, sondern zwischen Greifswald und Garmisch sowie zwischen Düsseldorf und Dresden. Nur ein Einziger aus dem Reigen der Wissenschaftsorganisationen, Andreas Barner vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, hat dieses Thema bisher angesprochen.

Es fehlen die vielen und starken Stimmen der Wissenschaftspolitik, die diesen Zusammenhang laut und deutlich aussprechen. Die Große Koalition öffnet ein großes Fenster der Möglichkeiten – wenn man es nutzt. Und zwar jetzt. ■

DER AUTOR

Christian Füller
ist Journalist, Pisaversteher
und schreibt Bücher



WAS SIND DIE WICHTIGSTEN AUFGABEN IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE?

14 Spitzenvertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaft und Hochschule formulieren ihre zentralen Forderungen.



PROF. DR.
KARL ULRICH
MAYER
Präsident der
Leibniz-
Gemeinschaft

»Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung weiterentwickeln«

In den vergangenen Monaten sind die rechtlichen, institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems intensiv diskutiert worden. Jedoch darf die Optimierung dieser Bedingungen kein Selbstzweck sein, sondern muss sich an übergeordneten Zielen orientieren. Hierzu gehören die Sicherung der Ausbildungsqualität an den Hochschulen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Forschung, der Beitrag der Forschung zur Sicherung unserer gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Zukunft sowie zuverlässige Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Zur Durchsetzung von Chancengleichheit wird es unerlässlich sein, Stellen für Frauen in Führungspositionen zusätzlich einzurichten. Schließlich unterstützt die Leibniz-Gemeinschaft nachdrücklich die Veränderung des Grundgesetzes, um dem Bund die Finanzierung der Forschung in den Hochschulen zu ermöglichen. Unabhängig davon müssen die Kooperationschancen und -formen zwischen Hochschulen und der außeruniversitären Forschung weiterentwickelt werden.

→ www.leibniz-gemeinschaft.de

Fotos: Leibniz-Gemeinschaft/David Aussehofer, Kay Hirschelmann, Helmholtz/Heidi Scherm (www.heidischerm.de)

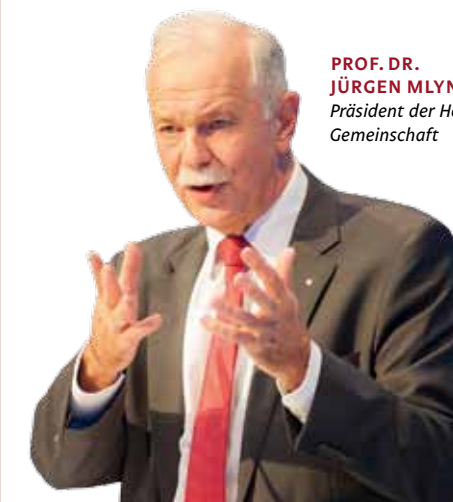
»Förderung und Finanzierung von Wissenschaft und Forschung müssen hohen Stellenwert behalten«

Wissenschaft und Forschung, ihre Förderung und ihre Finanzierung müssen auch in der neuen Legislaturperiode jenen hohen Stellenwert haben, den sie in der vergangenen Legislatur, auch in Konkurrenz zu anderen Politikfeldern, erlangen konnten. Wie auf dieser Prioritätensetzung aufbauend dann die immer dramatischer erodierende Grundfinanzierung der Universitäten wieder verbessert, wie die Hochschulen insgesamt finanziell und auch strukturell gestärkt, wie das erfolgreiche »Paket der Pakte« fortgeführt und weiterentwickelt und wie die dringend notwendigen neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern bei der Gestaltung und Finanzierung des

Wissenschaftssystems geschaffen werden können – zur Bewältigung dieser Herausforderungen, und es sind nur die wichtigsten, ist dann immer noch beträchtliche gedankliche, politische und nicht zuletzt finanzielle Mühe vonnöten. Aber es ist aller Mühen wert.

→ www.dfg.de

PROF. DR. PETER
STROHSCHNEIDER
Präsident der Deutschen
Forschungsgemeinschaft
(DFG)



PROF. DR.
JÜRGEN MLYNEK
Präsident der Helmholtz-
Gemeinschaft

»Künftiges Motto: Vorfahrt für Forschung UND Lehre«

Nicht nachlassen! Wenn ich auf die vergangenen Jahre zurückblicke, sehe ich ein Land, das seine Hochschulen und Forschungseinrichtungen im internationalen Vergleich langsam, aber sicher nach vorne geschoben hat.

Sicher, Deutschlands Aufstieg war auch den Problemen anderer geschuldet. Aber nicht nur: Die Politik hat klug investiert, sie hatte mit Exzellenzinitiative, Hochschulpakt sowie Pakt für Forschung und Innovation Programme im Portfolio, die das Wissenschaftssystem nicht einfach weiterfinanziert, sondern intelligent weiterentwickelt haben.

»Nicht nachlassen!«, bedeutet aber nicht: Alles soll bleiben, wie es ist. Bislang war dank dem Bund vor allem die Forschung die Gewinnerin, die Lehre ist in der Budgetnot der Bundesländer stecken geblieben. Künftig muss das Motto heißen: Vorfahrt für Forschung und Lehre. Warum ich optimistisch bin, dass es gelingt? Weil Bund und Länder mit ihren Programmen gezeigt haben, dass sie gemeinsam ernst machen können mit einer besseren Wissenschaft.

→ www.helmholtz.de



PROF. DR. PETER GRUSS
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)

»Die Wissenschaft muss weiterhin eine hohe politische Priorität genießen«

Ich halte drei Punkte für besonders wichtig: *Erstens* müssen wir uns am internationalen Exzellenzniveau orientieren und uns nicht nur auf einen deutschlandweiten Vergleich zurückziehen. Spitzenleistungen hängen davon ab, ob es uns gelingt, die besten Forscherinnen und Forscher weltweit zu gewinnen und zu halten. Der Pakt für Forschung und Innovation sowie die Exzellenzinitiative haben wesentlich dazu beigetragen, Dynamik in die Forschungslandschaft zu bringen und Spitzenpersonal anzuziehen. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Zweitens muss die Wissenschaft weiterhin eine hohe politische Priorität genießen, die mit verlässlichen Mittelsteigerungen unterlegt ist. Dieses gilt für die Hochschulen und ihre immer noch unzureichende Grundfinanzierung. Es gilt aber ebenso für die außeruniversitäre Forschungslandschaft, deren Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden muss. Wir müssen zugleich den Mut haben, über grundlegende Fragen der Wissenschaftsfinanzierung neu nachzudenken, etwa die Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern.

Drittens sollten wir die Differenzierung innerhalb des Wissenschaftssystems zielstrebig fortsetzen: Jeder Akteur ist aufgerufen, seine Mission und sein Profil zu schärfen. Nur dann bringen Kooperationen wirklich einen wissenschaftlichen Mehrwert.

→ www.mpg.de

»Es darf kein Zaudern und Taktieren mehr geben!«

Wissenschafts- und Bildungssystem brauchen starke Hochschulen. Daran muss der Bund stärker als derzeit möglich mitwirken. Es mangelt in einem Maße an der Grundfinanzierung, dass der Erfolg bei der Projekteinwerbung zum Problem wird. Der politisch gewollte Zuwachs bei den Studierendenden muss derzeit mit befristeten Mitteln bewältigt werden. Ein adäquates Personalmanagement wird unverantwortlich behindert. Wir erwarten, dass Bundestag und künftige Regierungskoalition jetzt handeln. Es darf da kein Zaudern und Taktieren mehr geben. Eine regelmäßige, verlässliche Aufstockung der Grundfinanzierung ist ohne Alternative. Eine neue Föderalismuskommission, die zügig einen konsensfähigen Vorschlag für eine Änderung des Grundgesetzes vorlegt, wäre der richtige Schritt. Möglichkeiten, wie man die Hochschulen an den wichtigsten Punkten stärken könnte, hat die HRK genannt: Mittel für zusätzliche Professuren, Vollkostenfinanzierung von Forschungsprojekten und eine verbesserte und gesicherte Baufinanzierung.

→ www.hrk.de



PROF. DR. HORST HIPPLER
Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

MICHAEL SOMMER
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)



»Die künftige Koalition muss das BAföG reformieren«

Der Zugang zur Hochschule bleibt ein Privileg höherer Schichten. Für junge Menschen aus armen Familien ist das BAföG unverzichtbar, um sich ein Studium leisten zu können. Die künftige Koalition muss daher das BAföG reformieren. Nötig sind ein regelmäßiger Inflationsausgleich, die Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Absenkung des Darlehensanteils sowie die Abschaffung der Altersgrenzen. Zudem brauchen wir mindestens 25 000 neue Wohnheimplätze.

Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sind beschämend. Gut 90 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten befristet. Eine neue Regierung muss dringend für bessere Arbeits- und Karrierebedingungen sorgen.

Höhere Investitionen in unser Bildungswesen lassen sich bezahlen, wenn Vermögen, hohe Erbschaften und Finanztransaktionen angemessen besteuert werden. Es ist falsch, den Bund als Geldgeber im Bildungswesen auszugrenzen. Deshalb muss das Kooperationsverbot aus der Verfassung gestrichen werden. Chancengleichheit gibt es nicht zum Nulltarif.

→ www.dgb.de

KATHARINA MAHRT
Mitglied des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (fzs)



»Die katastrophale Wohnungsmarktsituation muss beseitigt werden«

Die kommende Bundesregierung muss eine grundlegende Reform des Bildungssystems angehen, um dessen Durchlässigkeit zu erhöhen und den Zugang für unterrepräsentierte Gruppen zu verbessern.

Dazu gehörten die Abschaffung des Kooperationsverbots, um dem Bund zu ermöglichen wieder in die Grundfinanzierung von Bildungseinrichtungen einzusteigen, sowie eine Schwerpunktsetzung im Bereich der sozialen Infrastruktur.

Eine BAföG-Novellierung, die darauf ausgerichtet ist, mehr Menschen länger eine bedarfsorientierte Ausbildungsfinanzierung zu gewährleisten, ist ein erster notwendiger Schritt, um der Selektivität des Bildungssystems entgegenzuwirken. Außerdem sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die katastrophale Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt in diversen Städten zu beseitigen.

Zusätzlich sind die Masterstudienplätze auszubauen. Angesichts der gestiegenen Studierendenzahlen ist hier ein noch höherer Bedarf zu erwarten. Zum Ausbau gehört daher auch die Stärkung der personellen und infrastrukturellen Kapazitäten der Hochschulen.

→ www.fzs.de

Fotos: Frank Bauer für Max-Planck-Gesellschaft, Rolf Schulten, Kay Herschelmann

Fotos: Kay Herschelmann (2), Wissenschaftsrat

»Forschung und Lehre müssen sich dauerhaft vom Bund finanzieren lassen«

Bildung und Wissenschaft müssen weiterhin höchste Priorität genießen. Deshalb sollten sich Bund und Länder den Vorschlag des Wissenschaftsrats zu eigenen machen und die demnächst auslaufenden Bund-Länder-Kooperationen (Hochschulpakt, Exzellenzinitiative sowie Pakt für Forschung und Innovation) in einen bis zum Jahr 2025 zu schließenden Zukunftspakt überführen. Um Wettbewerbsgleichheit zwischen Universitäten und außeruniversitärer Forschung herzustellen, muss eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen Vorrang haben. Dieses setzt eine Änderung des Grundgesetzes voraus. Künftig muss auch der Bund Forschung und Lehre an Hochschulen dauerhaft fördern dürfen. Gegen die fortwährende Verschlechterung der Betreuungsraten von Professoren zu Studierenden kann die Schaffung zusätzlicher Bundesprofessuren Abhilfe schaffen. Last but by no means least gehört eine BAföG-Reform auf die Tagesordnung. Die Sätze müssen erhöht und die Förderung muss an den heutigen Studienalltag angepasst werden.

→ www.hochschulverband.de

PROF. DR. BERNHARD KEMPE
Präsident des Deutschen Hochschulverbands



PROF. DR. WOLFGANG MARQUARDT
Vorsitzender des Wissenschaftsrats

»Wissenschaft braucht Verlässlichkeit«

- Wissenschaft braucht eine angemessene finanzielle Basis. Vor allem die Hochschulen benötigen dringend eine verlässliche Erhöhung ihrer Grundhaushalte, um die Qualität ihrer Leistungen nachhaltig steigern zu können.
- Wissenschaft ist nicht nur Forschung. Förderung und Karrieren müssen so angelegt sein, dass auch Lehre sowie Infrastruktur- und Transferleistungen honoriert werden.
- Wissenschaft braucht Dynamik. Die Erfolge der Exzellenzinitiative müssen zum Nutzen der gesamten Wissenschaft abgesichert, die Ziele fortgeschrieben und die Maßnahmen weiterentwickelt werden.
- Wissenschaft liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Der Bund muss sich dauerhaft und substanziell an der Finanzierung und Gestaltung von Wissenschaft, insbesondere der Hochschulen, beteiligen (dürfen).
- Wissenschaft braucht Verlässlichkeit. Bund und Länder sollten zügig einen bis 2025 laufenden »Zukunftspakt« vereinbaren, der die wesentlichen wissenschaftspolitischen Maßnahmen bündelt.

→ www.wissenschaftsrat.de



FRANK BSIRSKÉ
Vorsitzender von ver.di –
Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft

»Ein Studium darf nicht abhängig von der finanziellen Lage sein«

Studienfinanzierung: Das BAföG muss zum verlässlichen finanziellen Fundament der Studierenden werden. Die steigenden finanziellen Belastungen sowie die veränderten Biografien der Studierenden und deren Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen berücksichtigt werden. Das Deutschland-Stipendium und die Büchergelderhöhungen der Studienstiftungen führen in die Irre. Niemand darf in Deutschland auf Grund seiner finanziellen Lage vom Studium abgehalten werden.

Wissenschaftsfinanzierung: Bund und Länder müssen gemeinsam für ein leistungsfähiges Bildungssystem entstehen. Dafür muss das Kooperationsverbot im Grundgesetz fallen, ein Zukunftspakt vereinbart sowie Lehre und Forschung an allen Hochschulen solide finanziert werden. Die Abhängigkeit von Drittmitteln und »Exzellenz-Wettbewerben« muss beendet werden.

Gute Arbeit: Nur gute Arbeitsbedingungen für alle in Lehre und Forschung Tätigen sichern auf Dauer Qualität. Ver.di fordert die Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes: Die Tarifsperrung muss fallen. Das technische und das Verwaltungspersonal müssen aus dem Geltungsbereich des Gesetzes gestrichen werden.

Wir wollen mehr Mittel für die Studentenwerke, damit sie in den Ballungsräumen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die Studierenden anbieten.

→ www.verdi.de

»Zugang zum Studium und berufliche Qualifikation müssen bundeseinheitlich geregelt werden«

Ganz oben auf der To-do-Liste der neuen Bundesregierung muss die Abschaffung des Kooperationsverbots stehen. Alle Parteien sind für eine Aufhebung – jetzt muss dieses auch endlich geschehen. Wichtig ist vor allem, dass Bund und Länder gemeinsam für eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sorgen und die Zuständigkeiten klar geregelt sind. Darüber hinaus gilt es für die neue Bundesregierung, bereits begonnene Initiativen fortzusetzen, wie zum Beispiel die Verbesserung der Qualität in der Lehre. Außerdem muss im Interesse der jungen Leute wie auch der Unternehmen die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und hochschulischen Bildung weiter verbessert werden. Deshalb brauchen wir bundeseinheitliche Regelungen für den Zugang zum Studium und für die Anrechnung von beruflichen Qualifikationen.

→ www.dihk.de

DR. ERIC SCHWEITZER
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK)



DR. GERHARD F. BRAUN
Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



»Mehr Bildungsgerechtigkeit durch stärkere Öffnung der Hochschulen«

Kooperationen von Bund und Ländern im Hochschulbereich sollten durch eine Anpassung des Grundgesetzes abgesichert werden – die Grundfinanzierung der Hochschulen muss aber weiterhin in der Verantwortung der Länder liegen.

Der Bund sollte die bisherigen Hochschulpaktmittel als Absolventenbonus direkt an die Hochschulen auszahlen, um Anreize für einen schnellen und erfolgreichen Studienabschluss zu setzen und die Abbrecherquoten zu senken. Um ihre Mittelbasis direkt und signifikant zu erweitern und besonders attraktive Studienangebote zu finanzieren, brauchen die Hochschulen das Recht, nachgelagerte Studienbeiträge einzuführen. Mehr Bildungsgerechtigkeit heißt auch eine stärkere Öffnung der Hochschulen – für Berufstätige mit und ohne Abitur, für Teilzeitstudierende, für Alleinerziehende und für junge Menschen aus nicht-akademischen Elternhäusern. Dafür brauchen wir vor allem mehr berufsbegleitende und zielgruppenspezifische Studienangebote.

→ www.arbeitgeber.de

Fotos: Kay Herschelmann, DIHK/Thomas Klerok, BDA



MARLIS TEPE
Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

»Studierende müssen hinreichend gefördert werden, um ungewünschte Studienabbrüche zu verringern«

Zu den dringenden Aufgaben einer neuen Bundesregierung gehört es, einen verfassungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, der Bund und Ländern eine politische Kooperation ermöglicht. Die GEW fordert deshalb die Aufhebung des Kooperationsverbots, damit Bund und Länder bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Studentenwerken zusammenwirken können. Die gemeinsame Bildungsplanung muss als verpflichtender Auftrag wieder in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Deutschland muss weitere Studienplätze bereitstellen und soll keine Studiengebühren erheben. Studierende müssen hinreichend gefördert werden, damit es zu weniger ungewünschten Studienabbrüchen kommt. Für Wissenschaftler/innen muss es gute Beschäftigungsbedingungen geben. Wir schlagen darum vor, dass der Bund zukünftig die Finanzierung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen an einen Kodex für »Gute Arbeit in der Wissenschaft« bindet.

→ www.gew.de

Fotos: Kay Herschelmann (2), David Aussehofer/Stifterverband

»Der Bund sollte die Forschungsdrittmittel um zehn Prozent aufstocken«

Um Forschung und Lehre nachhaltig zu verbessern, empfiehlt der Stifterverband:

1. Digitalisierung verändert Wissensvermittlung. Der Stifterverband empfiehlt, diesen Veränderungsprozess mit einem interdisziplinären Forschungsprogramm zu begleiten. Außerdem bedarf es eines öffentlichen Investitionsprogramms für Schulen und Hochschulen zur zeitgerechten Ausstattung ihrer digitalen und netzbasierten Infrastrukturen.

2. Die Grundfinanzierung der Hochschulen sollte verbessert werden und von den erbrachten Lehrleistungen abhängen. Bundesmittel (Hochschulpakt und Hochschulbau) könnten darüber hinaus als Absolventenbonus direkt an die Hochschulen ausgezahlt werden. Ein »Förderwerk Hochschullehre« sollte herausragende Lehrvorhaben finanziell unterstützen.

3. Forschungsprojekte, die mit Drittmitteln bestritten werden sollen, müssen zu Vollkosten geplant und finanziert werden.

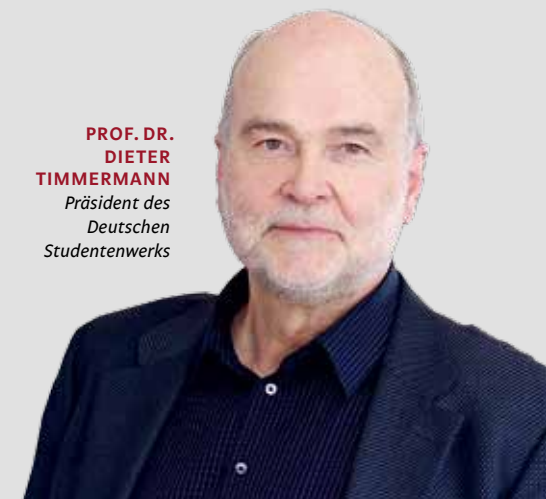
Das schafft Transparenz über die tatsächlichen Projektkosten. Der Bund sollte die von den Hochschulen eingeworbenen Forschungsdrittmittel um einen Forschungsbonus von zehn Prozent aufstocken.

4. Die langfristige Finanzierung des Wissenschaftssystems über das Jahr 2017 hinaus (Auslaufen der Exzellenzinitiative, Ende des Hochschulpakts) muss in Angriff genommen werden.

→ www.stifterverband.info



PROF. DR. DR. ANDREAS BARNER
Präsident des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft



PROF. DR. DIETER TIMMERMANN
Präsident des Deutschen Studentenwerks

»Alles vom Bund, nichts von den Ländern?«

So viel Konsens war nie. Ich bin überrascht, wie einig sich die Spitzen von Forschung und Wissenschaft in Deutschland in diesem Punkt sind: Das Kooperationsverbot muss weg. Der Bund muss direkt fördern können.

Ich stimme absolut zu: Es wäre angesichts der Bund-Länder-Finanzgemengelage ein Segen für die Studierenden, wenn der Bund die Lehre und auch die soziale Infrastruktur fördern würde. Bessere Lehre, endlich mehr bezahlbarer Wohnraum, eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen. Das will auch das Deutsche Studentenwerk.

Nur: Wir dürfen die Länder nicht aus ihrer Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Lehre entlassen. Wir müssen eine intelligente Lasten- und Arbeitsteilung finden. Sonst leisten die Länder bald keinen wie auch immer gearteten Beitrag mehr, sondern gar keinen.

Und mir fehlt gerade bei den Ländern eine Perspektive auf die demografische Rendite, von der in mittlerer Zukunft unsere Gesellschaft profitieren könnte – wenn jetzt die Weichen richtig gestellt werden in Richtung einer auskömmlichen Grundfinanzierung unseres Hochschulsystems.

→ www.studentenwerke.de

Sozialerhebung à la française

ERFOLGREICH STUDIEREN In Deutschland und Frankreich gilt gleichermaßen:
Studieren gelingt nur mit einer gesicherten Studienfinanzierung.

VON FERES BELGHITH

Seit 1994 führt das Observatoire national de la vie étudiante (OVE) alle drei Jahre die Erhebung »Lebensbedingungen der Studierenden« durch. Sie dient sowohl in Frankreich als auch in Europa als Referenzrahmen für die Lebenswelt der Studierenden. Sie umfasst sämtliche Aspekte der studentischen Lebens- und Studienbedingungen in Frankreich, vor allem aber auch die der Studienfinanzierung.

Die empirische Erfassung ist in Frankreich und Deutschland sehr ähnlich. Die Ergebnisse beider Studien fließen in den EUROSTUDENT ein. Damit wird eine europäische Vergleichbarkeit der Lebens- und Studienbedingungen geschaffen.

Elterliche Unterstützung

Die Untersuchung der wirtschaftlichen Situation der Studierenden ist nicht vergleichbar mit der eines herkömmlichen Haushalts. Die konkrete Ermittlung des studentischen Budgets ist methodisch nicht einfach, da die Studierenden von ihren Familien in unterschiedlicher Form unterstützt werden. Dieses kann über Geld- oder Sachleistungen erfolgen, zum Beispiel durch die Übernahme der Immatrikulationskosten, durch schwer kalkulierbare Lebensmittelpakete oder ein geliehenes Auto.

Zehn Prozent der Befragten erhalten überhaupt keine finanzielle Unterstützung von ihren Familien, in Deutschland sind es 13 Prozent. Immerhin 44 Prozent der Studierenden erklären, häufig Lebensmittel von ihrer Familie zu beziehen; 21 Prozent erhalten häufig kleinere Geschenke in Form von CDs, Büchern oder Kleidung. Zudem geben nur 27 Prozent der Studierenden an, dass sie ihre Steuererklärung selbst, also unabhängig von den Eltern, abgeben. Schon diese wenigen Beispiele zeigen eine Grauzone nicht messbarer Unterstützung durch die Familien, die aber die finanzielle Situation der Studierenden wesentlich beeinflusst.

Sachleistungen der Familien und ihre Häufigkeit (in Prozent)

Ihre Familienangehörigen unterstützen Sie durch...	oft	manchmal	nie
größere Geschenke (Hi-Fi, Fernseher, Möbel, Urlaub etc.)	8	37	55
kleinere Geschenke (CDs, Bücher, Kleidung etc.)	21	56	23
das Verleihen ihres Autos	18	19	63
die Versorgung mit Lebensmitteln	44	29	27

In Deutschland erhalten rund 53 Prozent der Studierenden unbare Elternleistungen von durchschnittlich 250 Euro monatlich.

Weitere Finanzmittel der Studierenden

Auch in Frankreich finanzieren sich die Studierenden aus unterschiedlichen Quellen: Erwerbseinkommen, Unterstützung der Familie, staatliche Mittel, Studienkredite und -darlehen et cetera. Generell bilden – wie in Deutschland – das Erwerbseinkommen, die Unterstützung der Familie und öffentliche Mittel die Basis der studentischen Finanzausstattung. Auch wenn der Anteil der einzelnen Mittel nach individueller Situation variiert, so tragen diese drei Quellen doch zu über 80 Prozent zum Budget der Studierenden bei.

Im Einzelnen verfügen Studierende in Frankreich, die während des Semesters eine berufliche Tätigkeit ausüben, über die meisten finanziellen Mittel. Ihnen steht ein monatliches Budget von durchschnittlich 893 Euro zur Verfügung. Diejenigen, die nicht neben dem Studium arbeiten, müssen im Durchschnitt von 496 Euro leben. Die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit verändert die Zusammensetzung der finanziellen Mittel deutlich. Bei den beruflich tätigen Studierenden macht das



Foto: Robert Kluba/VISUM

Erwerbseinkommen 51 Prozent der verfügbaren Mittel aus, während bei nicht Berufstätigen die Hilfen der Familien mit 44 Prozent und die staatliche Unterstützung mit 36 Prozent die wichtigsten Einkommensquellen darstellen.

Studierende mit eigenem Haushalt haben rund doppelt so viel Geld zur Verfügung wie diejenigen, die noch bei ihren Eltern leben (800 Euro gegenüber 416 Euro). Dieser Unterschied basiert vor allem darauf, dass Studierende mit eigenem Haushalt vor allem die Ausgaben für die Miete decken müssen (durchschnittlich 426 Euro/Monat). Dazu üben sie häufiger eine bezahlte Tätigkeit aus beziehungsweise erhalten mehr Unterstützung von ihrer Familie als noch bei ihren Eltern Wohnende. Studierende, die ein Stipendium erhalten, werden von ihren Eltern mit 100 Euro weniger als Nichtstipendiaten unterstützt. Die staatliche Unterstützung stellt bei Studierenden mit Stipendium die größte Finanzquelle dar, dicht gefolgt vom Erwerbseinkommen.

Umgekehrt erzielen Studierende ohne Stipendium einen Großteil ihrer Finanzmittel aus dem Erwerbseinkommen (54 Prozent), hier stellen die Hilfsleistungen der Familien die zweitwichtigste Einkommensquelle dar.

Finanzielle Probleme bei Stipendiaten

Befragt nach finanziellen Problemen, gaben 51 Prozent der Befragten an, dass sie sich seit Vorlesungsbeginn 2012 einschränken mussten; 49 Prozent mussten an ihre Ersparnisse gehen. Die finanzielle Lage hängt von der jeweiligen Finanzierungssituation ab: Insgesamt 46 Prozent der Studierenden (in Deutschland 43 Prozent) gaben an, keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben. Bezogen auf die Wohnsituation nannten diejenigen, die nicht bei ihren Eltern leben, weniger häufig finanzielle Schwierigkeiten. In Abhängigkeit von der staatlichen Förderung gab die Hälfte der Studierenden ohne Stipendium an, keine (oder geringe) finanzielle Probleme zu haben; unter den Stipendiaten dagegen nannte ein Drittel große finanzielle Probleme. Ebenso gaben 40 Prozent der Stipendiaten

an, nicht genug Geld zur Verfügung zu haben, um ihre monatlichen Ausgaben zu decken; bei den Studierenden ohne Stipendium waren es 30 Prozent. ■

→ www.ove-national.education.fr

Die Studie »Lebensbedingungen der Studierenden« erscheint im Drei-Jahres-Rhythmus. Sie wird über eine Online-Umfrage bei einer repräsentativen Gruppe von Studierenden durchgeführt, die an den Hochschulen in Frankreich eingeschrieben sind (rund 200 000 für die Erhebung 2013).

DER AUTOR

Feres Belghith

ist Forschungsingenieur am Observatoire national de la vie étudiante (OVE) (Nationale Beobachtungsstelle für die Lebensbedingungen der Studierenden)



Passivhaus, Bioreaktor und Eisspeicher

ALTERNATIVE TECHNIK CO₂-Ausstoß reduzieren,
Energie sparen, nachhaltig leben –
wie kann man die Umwelt schützen?

Hinter den Kulissen der deutschen Studentenwerke
wird eifrig daran gearbeitet.

VON MARIE-CHARLOTTE MAAS



Fotos: Sigurd Steinprinz

„Schon von Weitem leuchtet das Grün der Häuser. Dass die drei Studentenwohnheime Ostersiepen in Wuppertal keine normalen Wohnheime sind, merkt man auf den ersten Blick. Modern sehen sie aus, fast schon futuristisch. Doch das Besondere verbirgt sich nicht im Design, sondern in dem, was dahinter steckt: Diese Häuser sind nicht nur von außen grün, sondern auch von innen – die vor zwei Jahren erbauten Wohnheime sind zertifizierte Passivhäuser. Heutzutage noch ein Wohnheim zu bauen, das nicht umweltfreundlich ist, käme für Fritz Berger nicht in Frage. Er ist Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal und der Mann hinter der Idee. Als klar wurde, dass ein neues Wohnheim entstehen soll, stand für ihn und seinen Abteilungsleiter des Bereichs Wohnen, Matthias Hensche, sofort fest: Das bauen wir nachhaltig.“

Zwei Jahre dauerte die Planungsphase, nicht zuletzt musste Fritz Berger die Ausgaben erklären und durchboxen, denn die Kosten für einen Wohnheimplatz im Passivhausstandard sind höher als für einen Platz in einem »normalen« Wohnheim. »Das rentiert sich jedoch auf längere Sicht«, so der Geschäftsführer. Durch den geringeren Heizenergiebedarf ist man längerfristig unabhängiger von steigenden Rohstoffpreisen. »Noch wichtiger ist uns aber dabei, dass wir hohe Wohnqualität mit

einem Minimum an dauerhaftem Energieverbrauch erzeugt haben«, ergänzt Matthias Hensche.

Seit Oktober 2012 stehen die neuen Wohnheime und leisten einen Beitrag zum Umweltschutz: Dank einer Konstruktion aus Stahlbetontragwerk und vorgehängter, wärmegeämmter Holzwand und eines modernen Luftaustauschsystems ist es auch ohne eingeschaltete Heizung warm in den Zimmern.

Bettina Ötrös hat einen der begehrten 84 Plätze im Wohnheim ergattert. Vor zwei Semestern kam die 20-Jährige aus Hessen zum Studium nach Wuppertal und fühlt sich hier sehr wohl – vor allem in ihrer neuen Wohnung. Dass sie in einem umweltfreundlichen Haus wohnt, findet sie gut: »Das ist ein schönes Gefühl. Ich wäre sogar auch bereit, ein paar Euro mehr im Monat dafür auszugeben.«

Die Passivhaus-Wohnheime des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal wurden mittlerweile mit sechs bundesweiten Preisen ausgezeichnet, immer öfter kommen Interessierte aus der ganzen Welt, um sich über das Konzept zu informieren.

Ausgezeichnet wurde auch das Studentenwerk Würzburg. Für sein Wohnheim in der Zürnstraße erhielt es den Deutschen Bauherrenpreis 2010 und den Petrini-Preis der Stadt Würzburg – nicht zuletzt aufgrund des Nachhaltigkeitsgedankens, der hinter dem Neubau aus dem Jahr 2008 steckt. Beheizt wird er über zwei Wärmepumpen, die Wandheizungen in den Räumen werden über Erdwärmesonden erwärmt. Auf dem Dach wurde eine Solartherme zur Brauchwassererwärmung und Heizunterstützung angebracht. Die Toiletten werden mit Regenwasser aus zwei Zisternen und zusätzlich mit Brunnenwasser gespeist. Dadurch fallen auch hier deutlich weniger Betriebskosten an als in anderen Wohnheimen.

Umweltbewusstes Handeln sowie der sparsame Umgang mit Rohstoffen und Energie ist in den deutschen Studentenwerken ein wichtiges Thema. Dazu gehören Abfalltrennung und -wiederverwertung ebenso wie der sparsame Einsatz von Verpackungsmaterialien, das Vermeiden von langen Transportwegen, →

Wuppertal

»Hohe Wohnqualität mit einem Minimum an Energieverbrauch hat für uns schon seit Langem oberste Priorität«

Fritz Berger,
Geschäftsführer des
Hochschul-Sozial-
werks Wuppertal



→ der Einsatz von Recyclingpapier sowie umweltfreundlichen Spül- und Reinigungsmitteln oder die wasser- und energiesparende Lebensmittelzubereitung.

Eine Vorreiterrolle hat das Akademische Förderwerk in Bochum (AKAFÖ), das sich besonders der Nassmüllentsorgung angenommen hat. Die gilt als besonders hygienisch, wirtschaftlich – und umweltfreundlich. Der Müll wird gepresst, um das Volumen zu reduzieren und gelangt anschließend zur Biogasanlage, wo er zur Strom- oder Gaserzeugung genutzt wird. Ein guter Ansatz, der Ezzedine Zerria, dem gastronomischen Leiter, jedoch nicht weit genug geht. Er will den Schritt vor der Nassmüllentsorgung anpacken und die Bedarfs- und Mengenplanung optimieren. Kurz gesagt: Zerria will dafür sorgen, dass weniger Essen weggeworfen wird – indem er die Küchenabläufe flexibler gestaltet. Das Ziel ist es, möglichst exakt so viele Gerichte zu kochen, wie auch abgenommen werden. Deshalb wird nicht mehr alles massenweise »auf Vorrat« gekocht, um auf jeden Fall genug für alle zu haben, sondern nachfrageorientierter gearbeitet. So spart man Energie und investiert in Nachhaltigkeit – von dem Geld, das man jährlich einsparen könnte, ganz zu schweigen. Zerria ist überzeugt, dass die Studierenden Verständnis für seinen Ansatz haben werden: »Unsere Kunden sind umweltbewusst.«



Fotos: Studentenwerk Karlsruhe, m-w-p, Studentenwerk Würzburg, Volker Wiclok/Lichtblick, AKAFÖ

Karlsruhe
 »Die Anlage ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Ökologie, Ökonomie und die Hochschullehre verbindet – eben angewandte Forschung!«



Michael Postert,
Geschäftsführer des
Studentenwerks
Karlsruhe

→



Würzburg

»Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit gehören im Studentenwohnungsbaubau zusammen – sie bedingen und befördern sich gegenseitig!«

Michael Ullrich,
Geschäftsführer des
Studentenwerks
Würzburg



Bochum

»Das AKAFÖ bemüht sich schon seit vielen Jahren um Nachhaltigkeit. Aktuell planen wir eine weitere Reduktion des Mülls um fünf bis zehn Prozent«

Jörg Lüken,
Geschäftsführer
des Akademischen
Förderwerks in
Bochum





Marburg
 »Die natürliche Abwasserreinigung durch Bakterien und Sauerstoff hat sich bei uns seit nunmehr 14 Jahren bewährt«
 Dr. Uwe Grebe, Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg

→ die sich gelohnt hat, denn zu Grenzüberschreitungen kam es seitdem nicht mehr. Das schont die Umwelt – und den Geldbeutel.

In die Umwelt investiert hat vor kurzem auch das Studentenwerk Karlsruhe. Baden-Württembergs größte Mensa feierte im Oktober dieses Jahres die Einweihung einer kühltechnischen Anlage, die mit einem umweltfreundlichen und lebensmitteltechnisch unbedenklichen Gemisch aus Wasser und Ethanol betrieben wird. So können Treibhausgase reduziert werden. Die Karlsruher bezeichnen die Idee als Leuchtturmprojekt – und tatsächlich erfüllt die Anlage bereits jetzt gesetzliche EU-Richtlinien, die offiziell erst ab 2022 gelten werden. Auch ökonomisch wirkt sich die Entwicklung positiv für das Studentenwerk aus, denn die Anlage ist unabhängig von festen Zeiten der Energieabnahme. So kann das Flüssigeis in der Nacht zu Niedrigpreiszzeiten erzeugt und im Eisspeicher bis zur Entnahme gelagert werden – das spart Stromkosten.

Zurück nach Wuppertal. Dort wird ans Sparen zurzeit nicht gedacht – Fritz Berger würde lieber investieren. Und zwar in ein neues Wohnheim – natürlich wieder mit Passivhausstandard. Auf die Suche nach einem geeigneten Grundstück hat er sich jedenfalls schon gemacht. ■

DIE AUTORIN

Marie-Charlotte Maas

arbeitet als freie Journalistin in Köln und Göttingen. Sie schreibt vor allem über Bildungs- und Karrierethemen



Fotos: Studentenwerk Marburg, privat (Autorin)

Foto: vario images

Studentenwerke smart und mobil

Ein kleiner App-Wegweiser

Der Klassiker



Zu Tisch, bitte: Eine App, die schnell und übersichtlich über das heimische Mensa-Angebot informiert, gibt es mittlerweile so gut wie für jede Stadt. Über die einfache Abfrage gehen einige Entwicklungen hinaus: Die App des Studentenwerks Darmstadt **DA Mensa** zeigt an, wann und wo es das persönliche Lieblingsgericht gibt, und wie weit es bis dahin ist. Die **Speiseplan-App** des Studentenwerks Berlin bietet Infos zu Bio-, veganen und vegetarischen Gerichten. Mit der App **Studentenfutter**, die in Kooperation mit dem Studentenwerk Osnabrück entstanden ist, können die zu erwartenden Kosten in einem Warenkorb berechnet werden. Nur drei von vielen Beispielen. Vorsicht: Nicht alle externen App-Anbieter benutzen autorisierte Mensadaten. Hier stimmen Angebote, Preise und Kennzeichnungen oft nicht.

- bit.ly/damensa
- www.studentenwerk-berlin.de/app
- www.studentenfutter-os.de

Die Allrounder



Informationen rund ums Studentenleben bietet beispielsweise die App **UNiverse** des Studentenwerks Karlsruhe: tagesaktuelle Wohn- und Jobangebote, Veranstaltungskalender, ein schwarzes Brett für Kleinanzeigen und die Vermittlung von Tandempartnern. Außerdem gibt es

Hinweise zu Beratungsangeboten, zu News und Aktionen sowie natürlich die aktuellen Mensa-Speisepläne samt Bewertungsfunktion. Die Studierenden finden das offensichtlich gut: Seit Oktober 2011 haben rund 10 000 die App heruntergeladen – so gut wie jeder vierte. Michael Postert, Geschäftsführer: »Swippen statt Blättern«. Mit der Einführung der App haben wir uns kommunikativ selbst überholt, denn die Smartphonedichte unter unseren Kunden ist groß. **UNiverse** ist ein echtes Navi durch das Studentenleben.«



Auch die **Campus-App** versorgt Studierende mit umfassenden Infos zum Studienalltag: Wie komme ich am schnellsten zum Prüfungsbüro? Zu welcher Party gehe ich heute Abend mit meinem Mitbewohner? Sehr praktisch: Die App bietet übersichtlich alle Links zu den verschiedenen Online-Bibliothekskatalogen. Allerdings: In den meisten Städten zeigt die App nur, wo Informationen zu holen sind, aktuelle Job- und Zimmerangebote bekommen die Studierenden aber nicht aufs Telefon. Der private App-Anbieter kooperiert inzwischen mit elf verschiedenen Studentenwerken.

Die Nützlichen



Wenn das Handy beim Waschen hilft: Bewohner/innen in den Wohn-

anlagen des Studierendenwerks Trier, und bald auch in Stuttgart, können mit der **Wash-App** über das Handy checken, ob im Keller eine Waschmaschine frei ist beziehungsweise wie lange es noch dauert, bis sie mit ihrer Schmutzwäsche fertig ist. Andreas Wagner, Geschäftsführer: »Wir sind davon überzeugt, dass in Zeiten, in denen die Menschheit bis zum Mars fliegt, jede Bewohnerin und jeder Bewohner unserer Wohnanlagen per Klick wissen sollte, ob eine Waschmaschine frei ist – ohne zuerst mit einem vollen Korb Schmutzwäsche in den Keller gehen zu müssen.«



idormdict ist das »Illustrierte Wohnheimwörterbuch« to go des Studentenwerks Bielefeld. Das Wörterbuch, das ausländischen Studierenden anschaulich den Einzugs und das Leben im Wohnheim erleichtern soll, ist hier um ein Glossar, eine Aussprachehilfe und wichtige Adressen ergänzt. Entwickelt wurde die App von Studierenden der Universität Bielefeld.

- www.studiwerk.de/waschapp
- www.idormdict.de

Zukunftsmusik

Nicht nur Studierende, auch die Mitarbeiter/innen der Studentenwerke können von Apps profitieren. In Planung sind eine App zur Hygienekontrolle in den Mensen und Cafeterien sowie eine App zur Wohnungsabnahme für die Hausmeister/innen in den Wohnheimen. *bk*



Vorhang auf!

Das »EI(N)FÄLLE«-Team im Studentenwerk Frankfurt (Oder)

Auf der Bühne stehen sie sonst nicht – diese Fünf aus dem »EI(N)FÄLLE«-Team. Sonst sind sie die Helden im Hintergrund. Zusammen mit einigen Kollegen organisieren sie das Kabarett-Treffen der Studiosi in Cottbus. Mit großer Begeisterung und freiwillig. Viele haben als studentische Hilfskraft begonnen und opfern nun ihren Jahresurlaub für die Kultur: Jörg Bräuer (l.), Pharmareferent und Mitbegründer des Festivals; Frank Machnow (2. v.l.), Fotograf, er dokumentiert die Auftritte der Künstler; Anne Reimann (3. v.l.), Sozialarbeiterin, sie hat ihr Praxissemester beim Festival absolviert; Alexander Teller (r.), Student Kultur und Technik, er ist mit seiner Firma für den Auf- und Abbau verantwortlich sowie Andreas Gaber (v.), Mitarbeiter im Studentenwerk Frankfurt (Oder), Festivalgründer und früher selbst Kabarettist.

Ihre Fachkenntnisse und ihre Erfahrungen sind quasi unersetzlich, ohne dieses Team würde sich der Vorhang nicht heben. Das bundesweite Kabarett-Treffen findet seit 1996 jedes Jahr statt. Initiiert wurde es vom damaligen Studentenwerk Cottbus, seit 1999 wird es vom Studentenwerk Frankfurt (Oder) veranstaltet. *jaw*

→ www.studentenwerk-frankfurt.de

→ www.studentenkabarett.de

Foto: Luise Wagener



Die Rastlose

DORIS PACK Seit einem Vierteljahrhundert kämpft die Vorsitzende des Bildungsausschusses im EU-Parlament für ein vereintes Europa.

VON **MARION KOCH**

—Doris Pack muss schmunzeln, als sie sich daran erinnert, wie sie damals nervös ihre Hände ineinander vergraben hat, an diesem besonderen Tag, der so weit zurück liegt. An dem sie stolz auf die Bühne der Marienschule in Saarbrücken trat und ihre erste politische Rede hielt über die »Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik«. Sie war 18, Schülerin. Und stand kurz davor, in die Junge Union einzutreten.

Heute ist Doris Pack 71 Jahre alt und Politik ist zu ihrem Beruf geworden. Vorträge hält sie routiniert, in Deutsch, Englisch oder Französisch, je nach Publikum. Seit fast 25 Jahren sitzt die kleine, drahtige Frau mit dem blondgrauen Haar für die CDU im Europaparlament. Sie ist Berichterstatterin für das Bildungsprogramm der EU und leitet den Bildungsausschuss. Dass Doris Pack daneben auch Berichterstatterin für Bosnien und Herzegowina wurde, hatte sie nie geplant.

Bildung und Politik hingegen haben in ihrem Leben immer eine große Rolle gespielt. Sie wuchs in dem Bergbaudorf Landweiler/Reden auf, eine halbe Autostunde von Saarbrücken entfernt. Der Vater war Direktor an der Volksschule, im Gemeinderat engagiert und Christdemokrat. Saß man bei Tisch zusammen, wurde ständig über Politik geredet, erzählt sie. Das hat sie geprägt. Nach dem Abitur studierte sie in Saarbrücken Pädagogik, wurde, wie der Vater, Lehrer. Sie trat der CDU bei, konzentrierte sich auf Bildungsthemen. An ihren

→ freien Abenden arbeitete sie, wie früher der Vater, im Gemeinderat mit. So hat ihre politische Karriere angefangen, die sie über den Bundestag schließlich 1989 ins Europäische Parlament führte.

Europa, das sieht sie gern als Konglomerat verschiedener Kulturen. Sie wünscht sich junge Menschen, die ihre Rucksäcke packen und sich auf den Weg machen, um diese anderen Lebenswelten kennen, verstehen und tolerieren zu lernen, erklärt sie. Streetfootball, Tanzfestivals, der European Citizen Campus europäischer Studentenwerke, der Studierende zusammenbringt, um sich künstlerisch mit europäischer Identität auseinanderzusetzen: Alles, was Europäer vereint, was Studierende, Dozenten, EU-Bürger dazu bewegt, sich über Bildung, Arbeit und Leben auszutauschen, hält sie für den richtigen Weg zu einem starken Europa. Das ist ihre Vision. Dafür setzt sie sich ein, seit Jahrzehnten. Dafür reist sie quer durch Europa. Fraktionssitzung in Brüssel, Workshop in Berlin, Konferenz in Sarajevo.

Ihre Blazer, in denen man sie bei EU-Auftritten gewöhnlich sieht, hat sie in Berlin im Koffer gelassen. Beim Workshop mit Journalisten sitzt sie in schlichtem Pulli und lila gemusterter Hose auf dem Podium. Im europäischen Parlament Politik zu machen, das hört sich aus ihrem Mund ganz einfach an. »Man muss keine Regierung stützen. Hat man eine gute Idee, geht es nur darum, eine überparteiliche Mehrheit dafür zu finden. Dann lässt sich vieles realisieren«, sagt die Christdemokratin.

Mit der Hochschulpolitik ist das aber nicht ganz so einfach. Die ist Sache der nationalen Regierungen. Die einzelnen Staaten sind verantwortlich dafür, die Theorie von Bologna in die Praxis umzusetzen. »Da können wir nicht viel machen«, sagt Doris Pack. Denn nicht die EU bestimmt, wie die Länder Bachelor und Master an ihren Hochschulen gestalten, wie sie Dozenten und Studierende dazu bewegen, sich in die Hörsäle Europas aufzumachen oder wie viel Geld sie in Mensen und Studentenwohnheime investieren. Nur immer wieder dafür werben kann Doris Pack, wenn sie am Rednerpult steht. Für einen europäischen Hochschulraum, in dem Abschlüsse vereinheitlicht und von Spanien bis Schweden flexibel anerkannt werden. Für Investitionen in Bildung, die auch technologischen Fortschritt und Innovation fördern.



ZUR PERSON Doris Pack

Geboren 1942 in Schiffweiler/Saarland, studierte Doris Pack von 1962 bis 1965 Pädagogik und arbeitete anschließend als Grund- und Hauptschullehrerin. Ab 1969 war sie für sieben Jahre Gemeinde- und Stadträtin in Bübingen und Saarbrücken, von 1974 bis 1983 und von 1985 bis 1989 saß sie für die CDU/CSU im Bundestag. Zwischenzeitlich war sie von 1983 bis 1985 Rektorin im saarländischen Kultusministerium. Seit 1989 ist Doris Pack Europaabgeordnete und seit 2009 unter anderem Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments sowie ständige Berichterstatterin für Bosnien und Herzegowina.

→ www.doris-pack.de

Fotos (Seite 28 bis 30): Rolf Schulten

Foto: privat (Autorin)

Immerhin habe die Kommission die European Credit Points auf den Weg gebracht, die Maßeinheit, in der nun Hochschulleistungen europaweit vergleichbar gemessen werden. »Ein sehr wichtiges Instrument«, sagt sie. Und dann gibt es ja auch noch die Förderprogramme, die Milliarden von Euro, die die Union in die Hochschulbildung fließen lässt.

Doris Packs jüngste Errungenschaft ist die Neuauflage gerade dieser EU-Bildungsprogramme. Unter ihrer Leitung haben die Abgeordneten des Bildungsausschusses über den Entwurf der Kommission gestritten. Darüber, dass die Programme ab 2014 nicht mehr unter »Lebenslanges Lernen« zusammengefasst sind, sondern »Erasmus+« heißen. Ohne die Ergänzung »+« wird der Name Erasmus aber wie bisher weiter für die Förderung der Mobilität in der Hochschulbildung stehen, erklärt sie.

Auch dem Einsatz von Doris Pack haben es Studierende zu verdanken, dass das Budget für die Bildung in Zukunft höher und Studieren im Ausland nach dem Bachelor leichter finanzierbar wird. Bisher wurden Erasmus-Stipendien mit 200 Euro im Monat unterstützt. »Damit wurde aber nur eine finanzielle Elite angesprochen«, sagt sie. »Davon kann man ja nicht leben, wenn nicht die Eltern etwas dazugeben.« In Zukunft haben Masterstudierende nun die Möglichkeit, ein zinsgünstiges Darlehen aufzunehmen, 12 000 Euro für ein Jahr an einer ausländischen Universität, 18 000 Euro für zwei Jahre. Ende Juni 2013 haben sich Parlament und Rat darauf geeinigt. Das neue Programm wird kommen, wenn in den nächsten Wochen die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen abgeschlossen sind.

Auf ihrem Schreibtisch im Büro in Brüssel stapeln sich die Unterlagen. Die Fotos von den beiden Enkeln und dem

Sohn lugen dahinter hervor. Es gibt kaum Platz, um eine Tasse Kaffee abzustellen, beschreibt ein Mitarbeiter die Lage. Doch viel Arbeit, das stört Doris Pack nicht weiter, motiviere sie eher. »Ich trage einen Berg nach dem anderen ab«, sagt sie. Und das offensichtlich sehr zügig. Die Politikerin gilt als ungeduldige, hektische Chefin, die ein beachtliches Tempo an den Tag legt und von ihren Mitarbeitern erwartet, dass alles sehr schnell geht. Auch die Pausen.

»Für eine gute Idee muss man eine überparteiliche Mehrheit finden«

Selbst in den besten Restaurants habe Doris Pack wahnsinnig schnell gegessen, erinnert sich ein Jurist, der sie aus den 1990er Jahren kennt.

Es mag nicht verwundern, dass ihr Mitarbeiter sie als eine »mit allen Wassern gewaschene« Politikerin mit einem reichen Erfahrungsschatz beschreibt, die immer wisse, was zu tun ist und für Europa brenne. Doch auch die politische Gegnerin von der SPD, die mit ihr im Kultur- und Bildungsausschuss zusammenarbeitet, lobt die engagierte Europapolitikerin als eine »taffe, kundige, unheimlich engagierte und sehr durchsetzungsstarke Frau, die es versteht, Sitzungen sehr effektiv zu leiten«.

Einmal in der EU angekommen, hat sich Doris Pack schnell einen Namen gemacht, übernahm weitere politische

Ämter, in der Frauen Union der CDU Deutschlands, im Fraktionsvorstand. Ihr politischer Weg verlief zwar nicht steil, aber doch kontinuierlich nach oben. Der private war von schweren Schicksalsschlägen geprägt.

Zuerst kam die Scheidung. Dann, 1991, verstarb ihre Tochter mit 20 an einer Überdosis Heroin. »Ich habe mich in die Arbeit gestürzt«, erzählt sie. Es kam ihr da ganz recht, dass der Fraktionsvorsitzende ihrer Partei sie auf den Balkan schickte. Immer wieder machte sie sich auf die Reise nach Bosnien und Herzegowina, ging, wie man ihr damals nachgesagt habe, keiner Kugel aus dem Weg, um sich kuldig zu machen. Ihr selbst hätten die Schrecken des Krieges, ihre Begegnungen mit Flüchtlingen, vergewaltigten Frauen und mit in Konzentrationslagern gequälten Menschen geholfen, ihr eigenes Elend zu marginalisieren, sagt sie. Neben der Bildungspolitik engagiert sie sich nun seit Jahren im Auswärtigen Ausschuss, in der Südosteuropa-Delegation, ist ständige Berichterstatterin für Bosnien und Herzegowina. Aber nicht mehr lange.

Bald wird es wieder einen Bruch in ihrem Leben geben. Im nächsten Jahr wählt Europa ein neues Parlament – und sie wird nicht wieder kandidieren. »Am besten geht man, wenn die anderen sagen, dass es schade ist«, sagt die 71-Jährige. Und doch schreckt sie davor zurück, plötzlich ohne Mandat zu sein. Freie Zeit zu haben. Zum morgendlichen Golfspielen. Dazu, mit den Enkeln shoppen zu gehen. Für Gäste zu kochen. Sie sagt: Das allein würde sie wohl nicht glücklich machen.

Doris Pack hofft darauf, dass es nicht lange dauern wird, bis das Handy klingelt und ihr jemand eine spannende Aufgabe auf dem Balkan anbietet, ein Ehrenamt in Frankreich oder wo auch immer sie gebraucht wird. Sie will weitermachen, sich weiter einsetzen für Europa. »Nur nicht für Geld«, sagt sie. Das ist es nicht, was ihr fehlen wird. ■

DIE AUTORIN

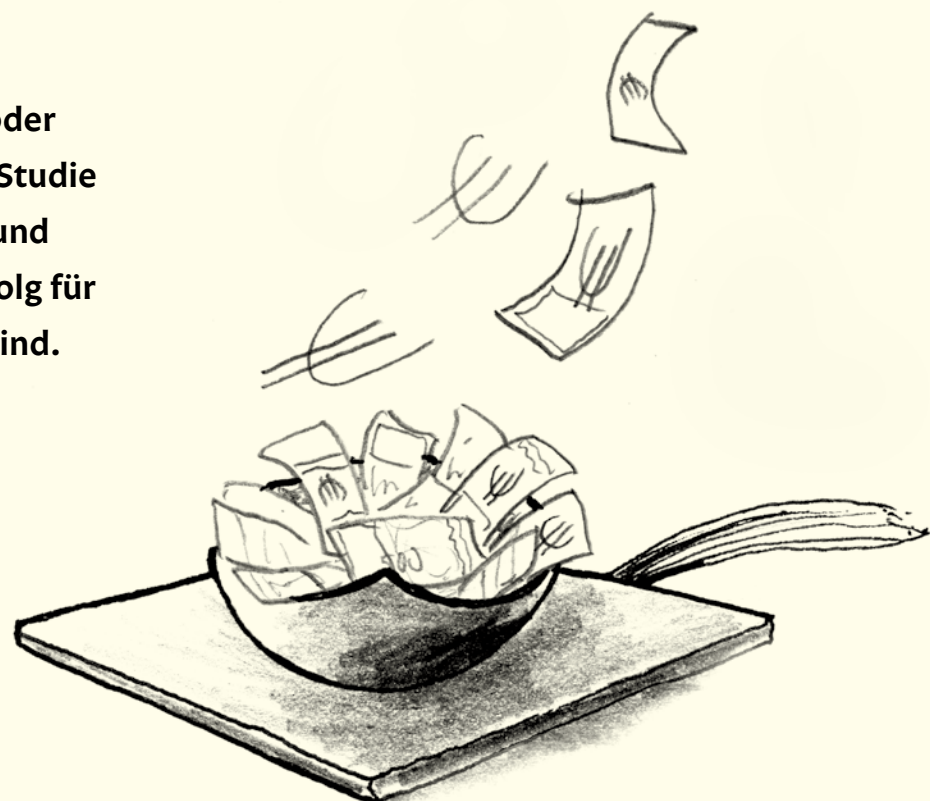
Marion Koch ist freie Redakteurin, Journalistin und Dozentin in Berlin. Sie schreibt über Hochschulthemen, Arbeitswelten und Ostdeutschland



Bildung lohnt sich

ERWACHSENEN-PISA Werden auch weiterhin Hochqualifizierte gebraucht oder ist der Markt bald gesättigt? Die PIAAC-Studie belegt, wie zentral Bildungsabschlüsse und grundlegende Kompetenzen für den Erfolg für den Einzelnen und die Volkswirtschaft sind.

VON LUDGER WÖSSMANN



Seit einigen Wochen geistert eine Debatte um den angeblichen »Akademisierungswahn« durch unser Land. Gehen in Deutschland wirklich zu viele Menschen auf die Hochschulen? Gefährdet ein Anstieg im Hochschulbesuch gar die Grundlagen unserer Volkswirtschaft? Vielleicht sollten wir uns dazu einmal die Fakten anschauen. Und da kommt die PIAAC-Studie – das neue »Programme for the International Assessment of Adult Competencies« – gerade recht, deren Ergebnisse just veröffentlicht wurden. PIAAC ist so etwas wie ein »Erwachsenen-PISA«, in dem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die grundlegenden Lese- und Mathematik-Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich testet und viele weitere Angaben zu Bildung und Arbeitsmarkt erhebt.

Die PIAAC-Ergebnisse zeigen, dass am deutschen Arbeitsmarkt jedes zusätzliche Bildungsjahr mit acht bis zehn Prozent höherem Einkommen einhergeht. Dabei sind Einkommensunterschiede aufgrund von gemessenen Grundkompetenzen, Berufserfahrung

und Geschlecht bereits herausgerechnet. Anders ausgedrückt: Selbst, wenn man diese anderen Faktoren konstant hält, verdienen Personen mit einem höheren Bildungsabschluss 36 Prozent mehr als Personen mit einem Lehrabschluss und 57 Prozent mehr als Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Unsere Volkswirtschaft scheint also weit davon entfernt zu sein, keine weiteren Hochschulabsolventen mehr zu benötigen. Gerade hierzulande wird ein Studienabschluss sehr gut entlohnt. Gäbe es zu viele Akademiker, dann würden diese Erträge sicherlich sinken. Die Fakten entlarven die Rede vom Akademisierungswahn als Wahnbild, das mit der Realität wenig zu tun hat.

Aber woher sollen weitere Studierende kommen, fragen die Kritiker. Muss das nicht zwangsläufig zu einer Verringerung der Studierfähigkeit und damit

der Qualität des Studiums führen? In der Tat nimmt ein Großteil (84 Prozent) der Kinder von Beamten mit Hochschulabschluss bereits selbst ein Hochschulstudium auf. Aber bei Arbeiterkindern liegt die Studienanfängerquote lediglich bei 17 Prozent! Hier gibt es noch jede Menge Potenziale, die nicht ausgeschöpft werden. Solange das so ist, sehe ich auch noch viel Potenzial für weitere Akademiker ohne Qualitätsverlust im Studium.

Natürlich ist nicht jedes zusätzliche Studium zwangsläufig volkswirtschaftlich lohnend. Die genannten Werte geben die durchschnittlichen Erträge wieder. Es gibt Studienfächer, für die die Wirtschaft relativ wenig offenen Bedarf hat. Aber gleichzeitig sind die Erträge in anderen Fächern umso höher. Die Nachfrage nach Absolventen aus den MINT-Fächern etwa ist ungebrochen. Zusätzliche Akademiker wären hier ein Segen, auch für die Wirtschaft.

Das soll nicht die große Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die deutsche Wirtschaft schmälern. Die Berufsausbildung ist eine zentrale Säule der Kompetenzentwicklung im deutschen System. Aber es ist ein Fakt, dass ein Hochschulstudium im Durchschnitt noch wesentlich höher entlohnt wird. Wenn die OECD etwa pauschal fordert, Deutschland müsse die Hochschulbildung ausweiten, weil andere Länder mehr Hochschulabsolventen haben, dann ist diese Begründung aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in der Tat wenig überzeugend. Aber deswegen muss die Forderung an sich ja noch nicht falsch sein. Offensichtlich hat die deutsche Volkswirtschaft noch hohen Bedarf an Hochschulabsolventen. Hochschulbildung und duale Berufsausbildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil würde sich im deutschen System ein deutlicher Ausbau der dualen Studiengänge und des Zugangs der besten Lehrabsolventen in angewandte Studiengänge ganz besonders anbieten.

Natürlich könnte sich der Trend zum größeren Bedarf an höherer Bildung eines Tages auch umdrehen. Aber etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika wurde bereits in den 1970er Jahren vom »Over-educated American« gesprochen. Seitdem hat sich die Hochschulquote in der erwachsenen Bevölkerung verdreifacht (von 10 auf 30 Prozent College Graduates) – und gleichzeitig hat sich der Einkommensvorteil der Hochschulabsolventen (die College Wage

Premium) von 40 Prozent auf über 80 Prozent mehr als verdoppelt! Trotz steigenden Angebots an Akademikern ist ihr relatives Einkommen nur noch weiter gestiegen. Die Nachfrage nach Akademikern ist also noch viel schneller gestiegen als das Angebot. Die technologischen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte, vor allem der Vormarsch neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, haben offensichtlich die Nachfrage nach Hochqualifizierten begünstigt. Die Ökonomen sprechen hier von »skill biased technological change«. Ob und inwieweit dieses auch in Zukunft anhält, kann natürlich niemand sagen. Aber Deutschland hat hier sicherlich noch erheblichen Nachholbedarf, und gerade weil sich die Welt verändert, bedarf die Wirtschaft einer hochqualifizierten Bevölkerung.

Was das konkret bedeutet, verdeutlichen wiederum die PIAAC-Ergebnisse. Nicht nur höhere Bildungsabschlüsse gehen mit höheren Einkommen einher. Auch nach Herausrechnen der genannten anderen Faktoren gilt: Wer im PIAAC-Test um eine von fünf Kompetenzstufen besser abschneidet, verdient zehn Prozent mehr – das sind 265 Euro pro Monat. Unabhängig vom Abschluss honoriert der Arbeitsmarkt also auch die erworbenen Grundkompetenzen im Lese- und alltagsmathematischen Bereich. Die neuen Ergebnisse belegen eindrucksvoll, wie zentral sowohl Bildungsabschlüsse als auch grundlegende Kompetenzen für den Erfolg am Arbeitsmarkt sind.

Deshalb darf es uns nicht kalt lassen, dass die deutschen Erwachsenen – wie zuvor schon die Schülerinnen und Schüler bei PISA – im internationalen PIAAC-Vergleich nur mittelmäßig abschneiden. In der modernen Wissensgesellschaft steht und fällt der wirtschaftliche Wohlstand des Einzelnen wie der Gesellschaft mit den Bildungsleistungen. Von Jung bis Alt benötigen wir eine Bildungspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger mit den Kompetenzen ausstattet, die ihnen eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Denn egal, ob man Grundkompetenzen in Mathematik oder im Lesen nimmt: Die PIAAC-Ergebnisse lehren uns, dass gerade der deutsche Arbeitsmarkt bessere Bildungsleistungen besonders gut entlohnt. ■

»Hochschulbildung und duale Berufsausbildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden«



DER AUTOR

Ludger Wößmann

ist Professor für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo Zentrums für Bildungs- und Innovationsökonomik am ifo Institut für Wirtschaftsforschung
→ woessmann@ifo.de

Illustration: Dominik Herrmann

Foto: privat (Autor)

13 Fragen an ... *Micha Teuscher*

1 Herr Teuscher, wozu braucht man Fachhochschulen heute noch?

Den Arbeitgebern gefallen unsere Angebote. Unsere Absolventen erhalten höhere Einstiegsgehälter als Universitätsabsolventen – auch beim Master.

2 Woran liegt das?

Wir haben eine straffe Studienorganisation und vermitteln Forschern sehr zielgerichtet: als wissenschaftsbasierte Kompetenz.

3 Hört sich gut an – nur, was ist das konkret?

Ganze Stadtteile in der früheren DDR müssen sich wegen des großen Leerstands in den Plattenbausiedlungen neu erfinden. Unsere Studierenden der Sozialpädagogik haben das methodische Handwerkszeug, wie man Bewohner als aktive Spieler beteiligt, mit eigenen Kompetenzen und mit Kreativität. Und nicht nur als Objekt.

4 Wo ist da die Wissenschaft?

Die Studierenden beraten nicht nur, sondern sie forschen zugleich. Interaktionsforschung heißt das Stichwort. Wieso machen manche Bürgerversammlungen die Leute schlauer? Wann ticken verzweifelte Bürger aus?

5 Vielleicht ist das duale Studium ihre Zukunft, mit dem die Berufsbildung aufgepeppt wird?

Vorsicht, duales ausbildungsintegriertes Studium ist nichts für schwache Nerven. Sie müssen voll studieren und beruflich fachliche Fertigkeiten lernen. Das ist etwas für Leistungsträger. Leute, die nicht wissen, was sie wollen, werden scheitern!

6 Warum haben Sie Ihr Label Fachhochschule verraten? Wollten Sie nicht mehr das kleine Schwesterchen der großen Universitäten sein?

Nein, in den östlichen Bundesländern war Fachhochschule keine Marke, sondern da stand FH zu nahe an den Fachschulen. Deswegen haben die FHs dort auch begonnen, sich in Hochschule umzubenennen.

7 Was kann ein Markenname der Zukunft sein?

Hochschule für angewandte Wissenschaften. Das unterscheidet uns von den Berufsakademien. Eine Fachhochschule orientiert sich nicht an der Berufswelt, sondern an der Arbeitswelt. Berufe verändern sich und verschwinden.

8 Wieso wollen Sie Ihren belasteten Studierenden nun noch eine Promotion aufdrücken. Ist das nicht zu viel?

Wir leben in der Zeit des G8-Gymnasiums. Ich möchte die Kinder sehen, die mit 17 Jahren wissen, was aus ihnen in zehn Jahren wird. Aber wir müssen sehr guten Leuten die Promotion anbieten können, wenn sie promovieren wollen. Deswegen brauchen wir die Durchlässigkeit zwischen den Systemen. Wir reden von 500 Promotionen bei zurzeit 700 000 Studierenden an den FHs. Keiner spricht davon, dass alle FHs das Promotionsrecht bekommen sollen.

9 Also eine Bonsai-Promotion?

Wir wollen die Qualität der Promotion bewahren. Die Universitäten haben uns diesbezüglich zuletzt nicht immer glücklich gemacht. Das statische Recht, Studierenden Doktorhüte aufzusetzen, ist nicht wichtig. Mich interessieren Problemstellungen, nicht Titel.

10 Sie wollen auf die Gesellschaft zugehen. Was heißt das?

Wir müssen heraus aus der Hochschule, die drängenden Fragen sind draußen. Ein Mittelständler konnte vor 30 Jahren mit handwerklicher Praxis reüssieren, auch auf dem Weltmarkt. Heute geht das nicht mehr. Der Mittelständler fragt: Bin ich noch High End? Das Jugendamt will Organisationsberatung.

11 FH-Teuscher als Red Adair der schrumpfenden Regionen?

Wir als FH können die Region nicht retten. Aber wir können sie mobilisieren. Wenn sie in einem Ort nur noch die Freiwillige Feuerwehr und einen Kindergarten haben, dann bekommt eine Erzieherin eine neue Rolle: Sie muss wissen, was Bildung bedeutet. Ohne Bildung kommt keiner mehr.

12 Wieso haben Sie sich die dialogorientierte Studentenverteilung, die früher einfach ZVS hieß, ans Knie gebunden?

Schönes Beispiel für Entwicklung. 2,5 Millionen Studierende, die sich bei 12 und mehr Angeboten bewerben, können Sie nicht mit einer Bürokratie aus Dortmund verteilen. Inzwischen läuft das System – bei denen, die mitmachen.

13 Und wieso machen nicht alle mit?

Das wäre gut, nur: Der Einstieg für Einzelne fällt schwer.

Die 13 Fragen stellte Christian Füller, Journalist, Pisaversteher und Buchautor

Foto: Lars Nickel

MICHA TEUSCHER, geboren 1964, ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Managementlehre sowie Rektor der Hochschule Neubrandenburg, Sprecher der Mitgliedergruppe Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Vizepräsident der HRK.

Step by step

In Wuppertal gibt es 469 öffentliche Treppen mit 12 383 Stufen. Einige dieser eigenwilligen Sehenswürdigkeiten hat der Wuppertaler Künstler Bernd Bähler in seiner »Treppen-Serie« porträtiert. Sieben Ölgemälde daraus hängen ab jetzt dauerhaft in der Hauptmensa des Hochschul-Sozialwerks Wuppertal an der Bergischen Universität. Ausgesucht hat sie der Künstler gemeinsam mit Fritz Berger, dem Geschäftsführer des Hochschul-Sozialwerks: »Die Treppen passen hervorragend in unsere Mensa, weil sie die Universität mit der Stadt verbinden«. Bernd Bähler widmet sich neben der Malerei auch der Fotografie, zudem ist er Dozent am Von der Heydt-Museum. *jaw*
 → www.hochschul-sozialwerk-wuppertal.de
 → www.presse.uni-wuppertal.de
 → www.berndbaehner.de



Universitäts-treppe zwischen Mensa und Gaußstraße



Oskar-Hoffmann-Treppe



Treppe an der Friedhofskirche



Treppe am Grünwalder Berg



Holsteiner Treppe

Fotos: Denise Habberger (5), Hoffmann & Hoffmann GmbH/Architektur- und Ingenieurbüro

Center for Social Services

Diversität, Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Studium und Familie – diese Faktoren werden im Studium immer wichtiger. Um die Studierenden in besonderen Lebenslagen gezielt zu unterstützen, baut das Studentenwerk Leipzig am Gutenbergplatz 4 ein Center for Social Services. Dort werden verschiedene Leistungen unter einem Dach angeboten: eine Krippe und ein Kindergarten für die Kinder von Studierenden mit insgesamt 134 Plätzen sowie 48 Apartments für Studierende mit Kindern, ausländische Studierende und Studierende mit einer Behinderung. Außerdem werden die Sozialberatung und die Psychosoziale Beratung des Studentenwerks im neuen Center for Social Services zu finden sein. Die Krippe wird noch in diesem Jahr eröffnet, die Fertigstellung des gesamten Centers ist für 2014 geplant. Unterstützt wird das Projekt vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen und von der Stadt Leipzig. *tk/jaw*
 → www.studentenwerk-leipzig.de



Vielseitige Unterstützung unter einem Dach: das neue Center for Social Services des Studentenwerks Leipzig.

»Carpe diem«

Horaz (65 – 8 v. Chr.)



DSW-KURZPORTRÄT

Die Highländerin

Anne Renner, 32, Magister Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft

Ob sie die Highlands wohl schon vermisst? Vielleicht noch nicht, denn Anne Renner lebt erst seit Anfang November 2013 wieder in Deutschland. Bis dahin hat sie in Schottland beim British Council gearbeitet und dort ein Austauschprogramm für Studierende sowie verschiedene Kulturprojekte koordiniert. Zuvor hat die kreative Reisende Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, Publizistik und Lateinamerikanistik in Berlin und Utrecht studiert. Außerdem war sie für einige Monate in Chile und Costa Rica. Nun also wieder Berlin. Zurückgekommen ist Anne Renner für ihren neuen Job im Deutschen Studentenwerk. Auch hier ist sie für Kulturprojekte zuständig, vor allem für »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«, die Kulturfachtagung sowie den Plakatwettbewerb. Auf den Märkten in Edinburgh wird man jetzt ihre selbstgenähten Kreationen vermissen. *jaw*

→ anne.renner@studentenwerke.de



Auf Nummer sicher

»einfach zu.« – das steht auf den neuen Vorhängeschlössern, die das Studierendenwerk Trier produzieren lassen hat. Natürlich in Grün, seiner Logofarbe. Seit August 2013 können die Studierenden die stabilen Schlösser in den Cafeterien und Servicepoints des Studiwerks in Tarforst und Schneidershof für 6 Euro erwerben. Ihre Bügelgröße passt für alle Schließfächer an der Universität und an der Hochschule. Und sicher sind sie auch: Da alle 1000 Schlösser eine eigene Schließung haben, ist garantiert, dass keines mit dem Schlüssel eines anderen geöffnet werden kann. Ganz sicher: Ein Ersatzschlüssel ist auch dabei. *jaw*
 → www.studiwerk.de

MEDIEN

Gesurft

Klimaschutz mit Messer und Gabel

Gesunde Lebensmittel und nachhaltiges Wirtschaften stehen immer mehr im Fokus – nicht nur bei den Studentenwerken. Das Serviceportal [GV-nachhaltig.de](http://gv-nachhaltig.de) ist ein Branchenportal für alle Gastronomen, die mit ihrem Verpflegungsangebot Verantwortung für kommende Generationen übernehmen. Für Klimaschutz, gesunde Verpflegung und Nachhaltigkeit ist die pflanzenbasierte Ernährung ein bedeutender Faktor. Der Internetauftritt sammelt großküchentaugliche Rezepte, informiert über Zutaten und deren Anwendung, unterstützt bei der Suche nach Trainingsköchen und fasst die Hintergrundberichte bzw. Informationen für Einkäufer, Köche und Verantwortliche zusammen. Ein Emissionsrechner und Erfolgsbeispiele aus der Praxis runden das Angebot ab. Die Erstellung und Pflege der website wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie vom Umweltbundesamt unterstützt. *zov*
 → www.gv-nachhaltig.de



DSW-Journal – Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW)
 Ausgabe 4/2013 Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e.V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin • **Verantwortlich:** Achim Meyer auf der Heyde (amadh), Generalsekretär • **Chefredakteurin:** Marijke Lass (ml), marijke.lass@studentenwerke.de • **Redaktion:** Stefan Grob (sg), Sabine Jawurek (jaw), Bettina Kracht (bk), Georg Schlanzke (schl), Ulrike Zillmer (zi), Jörg-Markus zur Oven (zov) • **An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt:** Feres Belghith, Christian Füller, Eva Gerold (eg), Marion Koch, Tina Krenkel (tk), Marie-Charlotte Maas, Thomas Schmalz (ts), Prof. Dr. Ludger Wößmann • **Fotos:** David Ausserhofer/Stifterverband, BDA, Frank Bauer/Max-Planck-Gesellschaft, DIHK/Thomas Kierok, Denise Habberger, Helmholtz/Heidi Scherm, Kay Herschelmann, Hoffmann & Hoffmann GmbH, Florence Klement, Robert Kluba/VISUM, Leibniz-Gemeinschaft/David Ausserhofer, Eric Lichtenscheidt, Medienzentrum der TU Bergakademie Freiberg, m-w-p, Lars Nickel, Rolf Schulten, Sigurd Steinprinz, Studentenwerke AKAFÖ, Freiberg, Karlsruhe, Marburg, Trier, Würzburg, Wuppertal; Universität Bamberg/Hendrik Steffens, Luise Wagener, vario images, Rolf K. Wegst, Volker Wiciok/Lichtblick, Wissenschaftsrat • **Grafik:** Kerstin Schröder • **Produktion:** Dominik Herrmann • **Druck:** Henrich Druck + Medien GmbH www.henrich.de • **Beratung:** Helmut Ortner, www.ortner-concept.de • **Anzeigen:** dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2013 • **Redaktionsanschrift:** Deutsches Studentenwerk e.V., Redaktion DSW-Journal, Monbijouplatz 11, 10178 Berlin, Tel.: +49(0)30-29 77 27-43, Fax: +49(0)30-29 77 27-99, E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de, Internet: www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt.

Foto: privat, Studierendenwerk Trier



Dieter Timmermann,
Präsident des Deutschen
Studentenwerks

Der DSW-Präsident hat das Schlusswort

Was spricht eigentlich gegen Autonomie?

Zwei Beispiele für die positive Wirkung von Autonomie aus Bielefeld, aus der jüngeren Vergangenheit: Statt auf die Zustimmung des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums warten zu müssen, was manchmal ziemlich lange dauerte, konnte und kann die Universität Bielefeld die Dauer eines Berufungsverfahrens erheblich verkürzen. Weil die Universität selbst die Verantwortung für die Besetzung von Lehrstühlen, Professuren in Sonderforschungsbereichen oder Clustern innehat.

Das Studentenwerk Bielefeld konnte, weil es nicht mehr auf die Finanzierung des Landes warten musste, für den Kauf einer neuen Großspülmaschine einen Kredit aufnehmen. Nach fünf Jahren waren die Kosten amortisiert, und die Maschine leistet bis heute beste Dienste – zum wirtschaftlichen Vorteil des Studentenwerks und damit letztlich auch der Bielefelder Studierenden. Seit Ende der 1990er Jahre hielten unter dem Titel »Hochschulautonomie« neue Steuerungsmodelle Einzug in die deutsche Wissenschafts- und Hochschulpolitik. In der Folge wuchsen Handlungs-, Finanz- und Entscheidungsspielräume oder generell die Autonomie von Hochschulen und Studentenwerken.

Der Autonomiegewinn für die Hochschulen war in der Sache richtig: weniger staatliche Detailsteuerung, mehr Kompetenzen für diejenigen, die Forschung und Lehre betreiben. Berufungen in die Hände derer, die ganz nahe dran sind und die das können.

Bezogen auf Service- und Beratungsangebote für Studierende (und dazu gehören Großspülmaschinen für die Mensa) gilt das abgeleitet auch für

die Studentenwerke, nicht nur in Bielefeld. Die Studentenwerke agieren ohnehin angesichts kontinuierlich sinkender staatlicher Zuschüsse wirtschaftlich autonom, und das mit Erfolg. Zur Erinnerung: Die Zuschüsse der Länder an die Studentenwerke machen an deren Gesamteinnahmen nur noch knapp zehn Prozent aus.

Nun aber gibt es anscheinend ein Rollback in der Autonomie, scheint mir. Und dieses Rollback zielt eben auf beide ab, die Hochschulen und die Studentenwerke.

Für mich haben die aktuellen Hochschulgesetzesnovellierungen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg die eindeutige Tendenz, in einem Zug die Hochschulen, und mit ihnen die Studentenwerke, wieder stärker unter staatliche Kuratel zu nehmen.

Es ist daher an der Zeit, dass beide, Hochschulen und Studentenwerke, zum Nutzen ihrer strategischen Partnerschaft und bezogen auf ihre jeweiligen Kompetenzen, gemeinsam eine Strategie für ihren jeweiligen Autonomieerhalt entwickeln. Notfalls laut und deutlich.

D. Timmermann

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:
dieter.timmermann@studentenwerke.de

Foto: Kay Herschelmann; Anzeige: (von oben nach unten) Luise Wagener (2x), Kay Herschelmann, Harald Fuhr, Hintergrundbild: Kay Herschelmann

Studenten- und Dozentenfutter

In den rund 875 Mensen und Cafeterien bieten die 58 Studentenwerke ihren Gästen auf dem Campus gesundes, abwechslungsreiches und preiswertes Essen.



Deutsches Studentenwerk

www.studentenwerke.de



***Ich will's
unartig.***

mach's! aber mach's mit.

***Mit Wissen & Kondom schützt Du Dich vor HIV und
verringerst das Risiko einer Ansteckung mit anderen
sexuell übertragbaren Infektionen (STI).***

**GIB AIDS
KEINE
CHANCE**

BZgA
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Infos unter **www.machsmit.de**
Telefonberatung unter **0221-89 20 31**


Verband der Privaten
Krankenversicherung



Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche
Aufklärung (BZgA), mit Unterstützung des Verbandes
der Privaten Krankenversicherung e.V., gefördert
durch die Bundesrepublik Deutschland.

STI Sexuell
übertragbare
Infektionen
Informier' Dich!